AXEL GEHRING

DIE EUROPÄISCHE UNION NACH TRUMP

VON DEN GRENZEN AUSSENPOLITISCHER AMBITIONEN IM NEOLIBERALISMUS

INHALT

DIE GEMEINSAME AUSSENPOLITIK IN DER KRISE

In den Staatskanzleien und Außenministerien der EU-Mitgliedsstaaten war das Jahr 2020 nicht nur von der Corona-Pandemie, sondern auch vom bangen Warten auf den Wahlausgang in den Vereinigten Staaten geprägt. Die Wahl Joseph Bidens wurde schließlich mit großer Erleichterung aufgenommen. Die Hoffnung auf eine Restauration oder gar Erneuerung der transatlantischen Beziehungen prägt seit Monaten die außenpolitischen Debatten, sei es im Hinblick auf Russland und China oder mit Verweis auf den Klimaschutz. Die Verunsicherung weiter Teile der politischen Eliten über die Rolle Europas in der Welt speist sich aus dem außenpolitischen Kurs der Trump-Administration, die die multilateralen Elemente der transatlantischen Ordnung beschnitt – mithin die Einheit des Westens. Diese Sorgen korrespondieren mit einer inneren Krise der europäischen Integration, die sich in der geringen Koordination der nationalen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus und vor allem im Streit um die Bewältigung der ökonomischen Folgen der Pandemiekrise manifestiert.

Immerhin konnte sich der Europäische Rat im Juli 2020 unter dem Namen «Next Generation EU» auf ein Programm über 750 Milliarden Euro gemeinsamer europäischer Anleihen zur Unterstützung schwer betroffener Mitgliedstaaten verständigen. Dennoch verweisen sowohl die Eskalation der Pandemie im Kontext kaputtgesparter Gesundheitssysteme als auch die vorangegangene Debatte um gemeinsame Staatsanleihen (Eurobonds) auf die tiefe Krise der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise der EU. Einerseits gibt es fundamentale Kritik daran, andererseits bemühen sich wie in jeder Krise der EU zahlreiche – auch oppositionelle – Akteure um normativ begründete Visionen einer Erneuerung Europas. Letztere reichen von einer Neubegründung Europas als Bundesstaat bis zur Vorstellung der EU als Akteurin mit eigenständigen Interessen. Dabei fallen Fragen von großer realpolitischer Bedeutung jedoch unter den Tisch: Welche Außenpolitik kann die von der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise getragene EU überhaupt formulieren? Setzt eine europäische Außenpolitik gar zunächst eine Transformation der Integrationsweise voraus?

Wie im Folgenden zu zeigen ist, bewegt sich europäische Außenpolitik immer im Kontext des Integrationsprozesses. Die seit Langem andauernde Krise der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise hat in den letzten Jahren die Kapazität der EU, als außenpolitische Akteurin zu agieren,

WELCHE AUSSENPOLITIK KANN DIE VON DER WETTBEWERBSSTAATLICHEN INTEGRATIONSWEISE GETRAGENE EU FORMULIEREN? SETZT EINE EUROPÄISCHE AUSSENPOLITIK EINE TRANSFORMATION DER INTEGRATIONSWEISE VORAUS?

strukturell begrenzt. Der Prozess der Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU hat an Fahrt verloren bzw. sich vermehrt auf Fragen des Grenzregimes konzentriert (vgl. Oberndorfer 2019). Tendenzen der weiteren Vergemeinschaftung auf diesem Feld finden primär nicht in der EU, sondern im Rahmen der NATO oder im Bereich der Industriepolitik (PESCO) statt (vgl. Serfati 2020).

Dennoch haben die transatlantischen Spannungen unter der Trump-Administration noch zugenommen. Allerdings wird nur selten debattiert, inwieweit diese Spannungen eine Krise der äußeren Bedingungen der europäischen Integration darstellen und welche Probleme sich daraus für die Formulierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ergeben. Wer sich mit der Außenpolitik der EU beschäftigen oder aus linker Perspektive eine alternative Außenpolitik entwickeln will, muss sich daher nicht nur mit der Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU, sondern gerade auch mit ihrer inneren Krise – der Krise ihrer Integrationsweise – sowie mit den sich wandelnden äußeren Bedingungen ihrer Existenz als Union beschäftigen. Ebendiese sorgen derzeit auch im Denken der außenpolitischen Eliten in Deutschland für eine Verunsicherung, die trotz allem mitschwingenden Pathos ihre reale historische Begründung hat.

BEGINN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION UNTER US-HEGEMONIE

Die europäische Integration hat sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs trotz aller Spannungen und Krisen im transatlantischen Verhältnis weitgehend komplementär zur US-Hegemonie entwickelt. Grundlegende Züge der angestrebten (globalen) Nachkriegsordnung, darunter formale Dekolonialisierung und Demokratisierung bei gleichzeitiger Offenhaltung der Seewege sowie Souveränität der Völker über ihre Regierungsform, haben die USA und Großbritannien schon 1941 in Gestalt der Atlantik-Charta vereinbart (vgl. Hobsbawm 1998). Obgleich eine liberale Antwort auf die Herausforderung durch den deutschen und italienischen Faschismus, wurde sie zum Ausgangspunkt für den Gründungsprozess der Vereinten Nationen unter Führung der Hauptmächte der Alliierten, den USA, Großbritanniens und der Sowjetunion. De facto stellen die Vereinten Nationen damit eine institutionalisierte Fortsetzung der antifaschistischen Kriegskoalition dar. Insofern ihre Gründungscharta die gemeinsame Zusammenarbeit der souveränen Nationen in Fragen der internationalen Sicherheit mit dem Ziel des Friedens in den Mittelpunkt rückte, war sie als Rahmen für eine multilaterale Friedensordnung gedacht; 1948 kam die Allgemeine Erklärung der Menschrechte hinzu.

Allerdings wurde die reale Dynamik der neuen Staatenordnung im Zuge des beginnenden Kalten Kriegs rasch von der Konkurrenz antagonistischer Gesellschaftsentwürfe überlagert. Innerhalb dieses globalen Ost-West-Antagonismus ergab sich insbesondere in den Zentren des transatlantischen Raums der Druck, wichtige Forderungen der Arbeiterbewegung in die hegemoniale politische Agenda aufzunehmen (vgl. ebd.: 356 ff.). Ausgerechnet unter Führung der USA wurden die ersten Nachkriegsjahrzehnte zu einem Zeitalter der Sozialdemokratie. Ihr «Empire by Invitation» konstituierte sich als «Embedded Liberalism»: Er wurde von der Prämisse getragen, dass eine liberale Welthandelsordnung durch eine nicht liberale Weltfinanzordnung getragen werden müsse, um die Autonomie der nationalen Wohlfahrtsstaaten nicht durch unkontrollierte Finanzströme zu gefährden (vgl. Helleiner 1994: 4). Unter der Führung der USA bildeten kapitalistische Hegemonie und hegemoniale Konzession an die Lohnarbeiten einen Nexus, den institutionell die Bretton-Woods-Institutionen (Internationaler Währungsfonds/IWF, Weltbank und der General Agreement on Tarifs and Trade/GATT) absicherten. Sie bildeten wichtige Handlungsarenen der US-Hegemonie und

waren Kondensationskeime einer multilateralen westlichen Ordnung. Den Staaten der westlichen Hemisphäre, insbesondere in Europa, ermöglichte dies, ihre eigenen kapitalistisch-korporatistisch-wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungspfade trotz gleichzeitiger Einbettung in die US-Hegemonie zu verfolgen und so auch sozialistische Tendenzen einzudämmen.

Die US-Hegemonie konstituierte sich also bei Weitem nicht nur auf ihrer überlegenen ökonomischen und militärischen Macht, sondern auf einem Multilateralismus, der für zahlreiche westliche Staaten zur Bedingungsmöglichkeit ihrer eigenen Souveränität wurde. Vor allem für die Bundesrepublik Deutschland war die Rückgewinnung ihrer verlorenen Souveränität mithin nur auf den Schultern der transatlantischen Ordnung denkbar. Das rüstungspolitische Bestreben, das (west-)deutsche Gewaltpotenzial dauerhaft einzuhegen, führte bereits 1951 zur Vergemeinschaftung der westeuropäischen Kohle- und Stahlpolitik in Gestalt der supranationalen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und schuf so eine wichtige Vorläuferinstitution der europäischen Integration.

Die ökonomischen Dynamiken sollten sich schließlich als die dafür entscheidenden erweisen: Wachsende Handelsverflechtungen zwischen den Ökonomien Westeuropas, aber auch die Fusionen und Übernahmen nationaler Konzerne, die zur Bildung transnationaler europäischer Konzerne führten, ließen den Wunsch nach einer verstärkten multinationalen und transnationalen Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitiken entstehen (vgl. Mandel 1967). Dieser Wille materialisierte sich in den Römischen Verträgen, die 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) begründeten. Das Zusammenwachsen der europäischen Konzerne basierte dabei wesentlich auf US-amerikanischen Investitionen und Kapital (vgl. Poulantzas 1974). Und die europäische Integration in Gestalt der EWG blieb wesentlich ein Rahmen zur Koordinierung der nationalen wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungspfade. Diese Koordinierung der Pluralität der «Embedded Liberalisms» in Westeuropa stabilisierte nicht zuletzt die transatlantische Ordnung: Die politökonomische Staatslogik drängte hin zur europäischen Integration, die sich komplementär in die transatlantische Ordnung fügte.

DIE POLITÖKONOMISCHE STAATSLOGIK DRÄNGTE ZUR EUROPÄISCHEN INTEGRATION, DIE SICH KOMPLEMENTÄR IN DIE TRANSATLANTISCHE ORDNUNG FÜGTE.

Die direkt von der Ratio des Kalten Kriegs beherrschte geopolitische Staatslogik verlangte auf militärischem Gebiet nach einer noch engeren transatlantischen Integration, welche eine unmittelbare Bindung der einzelnen europäischen Staaten, von denen längst nicht alle Mitglieder der EWG waren, an die USA sicherstellte. In diesem Kontext ist das Scheitern früher Entwürfe einer vertieften westeuropäischen Zusammenarbeit

im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wenig überraschend: Westeuropas innere Integration basierte auf einer Pluralität von Staaten, deren Souveränität ihrerseits auf den Schultern der transatlantischen Ordnung ruhte, die militärisch durch die NATO abgesichert wurde. Sonderwege, wie der französische, bestätigten die Regel und lokalisierten sich zudem innerhalb der Ordnung. Einer ausgeprägten Vergemeinschaftung der europäischen Verteidigungspolitiken waren damit inhärente Grenzen gesetzt und das Projekt einer gemeinsamen westeuropäischen Armee war gar unrealistisch. Es wäre bestenfalls bedingt komplementär zum sich konstituierenden Modus der europäischen Integration gewesen, der sich auf den Schultern der transatlantischen Ordnung artikulierte. Auch deshalb (und nicht nur wegen des Vetos der französischen Nationalversammlung) scheiterte der Pleven-Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und eröffnete so den Weg zum deutschen NATO-Beitritt im Jahr 1955.

Von einer Krise der US-Hegemonie ist erstmals Ende der 1960er Jahre die Rede. Diese fällt nicht nur zusammen mit militärischen Niederlagen, wie in Vietnam, und mit einer relativen Abnahme des US-Anteils am globalen Bruttosozialprodukt, sondern ist das Ergebnis von qualitativen Umstrukturierungen in der Organisation der Produktion, den Liefer- und Wertschöpfungsketten und nicht zuletzt dem Kräftegleichwicht der Klassen geschuldet, die zu Verlagerungen des Produktionsprozesses aus den kapitalistischen Zentren heraus zwangen. In anderen Worten: Um die Krise zu lösen, wurden mittels der beginnenden Verlagerungen von Produktionsstandorten in die Staaten der (damaligen) kapitalistischen Semiperipherie einerseits die Voraussetzungen für neue Profite westlicher Konzerne und der ökonomischen Erholung der Zentren geschaffen. Andererseits verlagerten die westlichen Ökonomien – allen voran die US-amerikanische – wichtige Teile ihrer produktiven Basis und damit ihrer ökonomischen Macht, insbesondere nach Ostasien.

Trotz der Niederlage in Vietnam sollte sich ausgerechnet auf dem politischen und militärischen Feld die US-Hegemonie als weit robuster als im Bereich des Ökonomischen erweisen: Die Durchsetzung der neoliberalen Entwicklungsparadigmen in Gestalt des Washington Consensus war in letzter Instanz durch Zwang abgesichert, der zum Einsatz kam, wenn lokal Blockaden des Neoliberalisierungsprozesses auftraten. Die wachsende militärische Überlegenheit der NATO wurde in der Spätphase des Kalten Kriegs zum ökonomischen Problem der realsozialistischen Staaten, das deren innere Widersprüche unlösbar verschärfte. Einzig China hatte sich dem erfolgreich entzogen, denn seine Konflikte mit der UdSSR hatten ein Arrangement mit den USA ermöglicht – so konnte ein Rüstungswettlauf vermieden und Zeit für innere Reformen gewonnen werden. In der Folge gelang es China, sich komplementär in die globale kapitalistische Ordnung zu integrieren und zugleich seine ökonomischen Steuerungskapazitäten zu nutzen, um seine Position in der globalen Arbeitsteilung Schritt für Schritt zu verbessern. Erst in den 2000er Jahren wurde aus der Komplementarität zunehmend Konkurrenz.

VERGEMEINSCHAFTUNG DER EUROPÄISCHEN AUSSENPOLITIK NACH 1990

Der Zusammenbruch der realsozialistischen Staatenwelt war folglich weniger das Ergebnis ungebrochener ökonomischer Stärke des Westens, sondern der inneren Widersprüche und ökonomischen Schwächen jener Staaten, die durch die verschärfte geopolitische Konkurrenz potenziert wurden (vgl. Hobsbawm 1998: 572 ff.). Der Siegeszug des neoliberalen Paradigmas hatte seit den späten 1970er Jahren die soziale Kohäsion auch innerhalb der kapitalistischen Zentren belastet, war zugleich aber auch die Bedingung eines neuen Schubs der politischen und ökonomischen Integration Westeuropas gewesen: Indem sich die Europäische Gemeinschaft selbst zum Motor der Neoliberalisierung machte, konnte sie in den 1980er Jahren ihre Integrationskrise überwinden. Ihre intergouvernementalen und supranationalen Entscheidungsmechanismen waren den Interessen der führenden Klassen ihrer strategischen Selektivität nach (zum Konzept: Jessop 1990) zugänglicher als denen der unteren. Dies beförderte Tendenzen der negativen Integration, die vor allem auf weitere Marktöffnungen und Deregulierungen drängt, nicht aber positiv auf sozialer Integration basierte. Auch die Schritte hin zu einer Supranationalisierung waren eng an eine Vertiefung der Neoliberalisierung gekoppelt – der Vertrag von Maastricht (1992) stärkte in diesem Sinne die Rolle der EU-Kommission und stellte die Weichen hin zur Wirtschafts- und Währungsunion. Letztere war ein wichtiges Element bei der Verankerung des disziplinierenden Neoliberalismus. Mit diesem Konzept hatte Stephen Gill (2000) nicht etwa jene Entwicklungen gemeint, die heute unter Begriffen wie «Autoritarismus» oder «autoritärer Populismus» als Herausforderungen für liberale Demokratien diskutiert werden. Vielmehr ging es um Entwicklungen, die sich im Inneren liberaler Demokratien vollzogen – gerade bei einem breiten Spektrum an politischen Kräften, das gemeinhin nicht als Bedrohung, sondern als tragendes Element liberaler Demokratien angesehen wurde, ja noch wird. Was also ist das Disziplinierende am disziplinierenden Neoliberalismus? Disziplinierender Neoliberalismus betreibt die systematische Entkoppelung der politisch-demokratischen Entscheidungsprozesse von der Gestaltung der Wirtschaftspolitik. Wichtige Entscheidungen liegen nun nicht mehr in den Händen von gewählten Regierungen, sondern nicht rechenschaftspflichtigen Gremien, etwa unabhängigen Zentralbanken und Regulierungsbehörden. Dies ging einher mit der gezielt forcierten

Verlagerung von bisher nationalstaatlicher Macht in supranationale Gremien und Entscheidungsprozesse, die nur geringer parlamentarischer Kontrolle unterlagen. Derweil durchlief die EU eine Reihe von Erweiterungsrunden. Die Verbindung von neoliberalisierter Integrationsweise und Demokratisierungsagenda bildete dabei den Kern der EU-Erweiterungspolitiken. Politische Emanzipationsversprechen, die einen wichtigen Teil in der hegemoniepolitischen Begründung sowohl des Integrations- als auch des Erweiterungsprojekts der EU ausmachen, konnten so hinsichtlich ihrer ökonomischen Dimension wirksam domestiziert werden. Nicht zuletzt die Spaltung der politischen Linken über die Frage ihrer Haltung zur EU resultiert wesentlich daraus.

Mit dem Vertrag von Maastricht wurde auch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als zweite offizielle Säule der Europäischen Integration verankert. Dass überhaupt eine dezidiert europäische Außenpolitik denkbar wurde und auf die Agenda rückte, war in erster Linie dem Ende der Ost-West-Konfrontation geschuldet, denn solange diese bestand, hatte Europa schlicht das (militärische) Machtpotenzial gefehlt, um eine eigenständige Position zu formulieren. Die Staaten Westeuropas waren souverän gewesen – aber nur auf den Schultern der transatlantischen Ordnung. Nach 1990 existierte das militärische Machtgefälle innerhalb der transatlantischen Ordnung fort, allerdings setzte sich weltpolitisch die Tendenz des Niedergangs der relativen ökonomischen Dominanz der USA fort. Die Aufrechterhaltung ihrer globalen Hegemonie wurde – trotz ihres Siegs in der Systemkonkurrenz – komplexer. Eine Stärkung der EU als geschlossen agierende Akteurin war damit auch im Interesse der USA und wurde im Prinzip wohlwollend betrachtet, aber ausschließlich komplementär zur eigenen Führungsrolle. Im Kosovo-Krieg mehrten sich auf beiden Seiten des Atlantiks die Stimmen, die lautstark eine größere europäische Geschlossenheit einforderten. Der Luftkrieg der NATO gegen Jugoslawien (1999) fand – deklariert als humanitäre Intervention – unter Umgehung der UN statt und blieb weitestgehend auf US-Kapazitäten angewiesen. Dies setzte eine neue Dynamik der sicherheitspolitischen Vergemeinschaftung der EU in Gang, die zuweilen auch als Tendenz der Militarisierung kritisiert wurde: Der EU-Gipfel von Helsinki beschloss, bis zum Jahr 2003 eine 50.000 bis 60.000 Soldaten starke EU-Eingreiftruppe einzurichten. Und der EU-Vertrag von Nizza kodifizierte Ende 2000 eine neue politisch-militärische Kooperations- und Entscheidungsstruktur, welche die Westeuropäische Union (WEU) in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und diese wiederrum in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) überführte und auf EU-Ebene eine Reihe militärischer Gremien und Stäbe schuf (vgl. Bieling 2010: 198). Mit dem 2004 beschlossenen «Headline Goal» verpflichteten sich die Mitgliedsstaaten, vier rasch verlegbare EU-Battlegroups aufzustellen, die je 1.500 Soldaten für Kampfhandlungen höchster Intensität umfassten.

Diese Integrationsschritte änderten jedoch nichts Grundsätzliches an den natio-

nalstaatlich divergierenden Interessen: Die unterschiedlichen Haltungen der Regierungen in der transatlantischen Frage, die spezifischen Interessen ehemaliger Kolonialstaaten, die unterschiedlichen Rekrutierungssysteme sowie die insgesamt nationalstaatlich geprägten sicherheitspolitischen Kulturen und zahlreiche andere Widersprüche verlangsamten die Vertiefung der sicherheitspolitischen Integration und gaben ihr einen überaus starken Kompromisscharakter: Obwohl die Außen- und Sicherheitspolitik seit dem Vertrag von Maastricht die zweite Säule der EU darstellte und allein schon dadurch eine tendenzielle Abkehr von der EU als Zivilmacht bedeutete, die immer weiter institutionalisiert worden war, blieben die Strukturen der außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsfindung inter- und transgouvernemental. Dies schränkte den militärischen Nutzen der neuen Strukturen und der von ihnen befehligten Kampfverbände ein, denn sie waren und sind nicht so rasch einsetzbar wie nationale Streitkräfte. Auch die deutsche Praxis des Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen stellte und stellt ein nicht zu unterschätzendes Hindernis für eine konsequente Militarisierung der EU dar. Eben deshalb steht sie jedoch in der Kritik und es gibt Vorschläge, sie mit Vorratsbeschlüssen zu umschiffen (vgl. Krause 2020).

Auch Jahre nach der Verabschiedung der GASP und deren institutioneller Weiterentwicklung existierte kein Konsens über den Grad und den spezifischen Charakter einer europäischen außenpolitischen Position und damit nur sehr beschränkt eine gemeinsame Außenpolitik. Die EU war in mehrere außenpolitische Lager gespalten: Frankreich erhoffte sich von einer stärker vergemeinschafteten Außenpolitik eine größere Autonomie der EU. Am klarsten für eine Verortung der EU innerhalb der transatlantischen Ordnung und für eine mit den USA abgestimmte, komplementäre Außenpolitik trat Großbritannien ein; die mittelosteuropäischen und baltischen Staaten sahen vor allem in der NATO und der transatlantischen Integration ihre Souveränitätsgarantie gegenüber Russland. Ihr EU-Beitritt wurde von den USA und Großbritannien vorrangig aus geopolitischen und von Deutschland primär aus ökonomischen Motiven empathisch unterstützt. Deutschland sah sich zudem in einer außenpolitischen Mittlerposition zwischen den Lagern – womit es indirekt einen Führungsanspruch in der EU formulierte. Letztlich behinderten die seit dem Amtsantritt der Bush-Administration zugespitzten transatlantischen Spannungen und die unterschiedlichen Wahrnehmungen der nationalen Regierungen davon sowohl eine anhaltende dynamische Vertiefung der sicherheitspolitischen EU-Integration als auch die Formulierung einer gemeinsamen Position in internationalen Organisationen: «Sofern kein transatlantischer Konsens existiert, gelingt es in internationalen Organisationen wie der NATO oder UNO oft jedoch nicht, eine gemeinsame EU-Position zu entwickeln und durchzusetzen.» (Bieling 2010: 222)

«VERANTWORTUNGSVOLL REGIERTE STAATEN» ALS KLEINSTER GEMEINSAMER NENNER

Nach dem Antritt der neokonservativen Bush-Administration im Jahr 2001 erschien den Friedensbewegungen weltweit die US-Politik der Umgehung etablierter multilateraler Institutionen, wie den UN, und die Politik des Regime Change als die politische Herausforderung schlechthin. Damals wurden dagegen überall breite gesellschaftliche Proteste organisiert. Die Grundlagen solcher Außenpolitik waren zwar älteren Ursprungs, doch von den USA 2002 in der global ausgerichteten Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) ausbuchstabiert worden (vgl. The White House 2002). Die grundlegenden EU-internen Differenzen über die transatlantische Ordnung nahmen infolge der Irakpolitik der Bush-Administration an Schärfe zu. Frankreich und Deutschland legten im UN-Sicherheitsrat ein Veto gegen die Irak-Invasion ein, Großbritannien nahm als Teil einer «Koalition der Willigen», die offiziell auch mittelosteuropäische Beitrittsstaaten umfasste, aktiv daran teil. Die in dieser Form ausgeführte US-Invasion war auch für den transatlantischen Multilateralismus eine Herausforderung, doch lassen die genannten Divergenzen leicht übersehen, dass der kleinste gemeinsame Nenner der europäischen Außenpolitik im Wesentlichen komplementär zur damaligen US-Außenpolitik war: Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003 fokussierte sich geografisch auf den Mittelmeerraum, den Balkan, den Nahen Osten und den Südkaukasus und betonte Multilateralismus sowie präventives Krisen- und Konfliktmanagement mitsamt den zivilen Komponenten europäischer Sicherheitspolitik (vgl. Europäischer Rat 2003). So postulierte die ESS die bereits seit den Balkankriegen der 1990er Jahre bestehende Praxis nunmehr ganz offen: namentlich die aktive Flankierung von US-Einsätzen und die Entlastung von US-Truppen auf Schauplätzen niederer Kampfintensität. Zudem fand sich auch hier im Grundsatz der erweiterte Sicherheitsbegriff der NSS.

Damit und mit ihrer offensiv-proaktiven – auch geopolitisch – motivierten Ausrichtung markierte die ESS einen Paradigmenwechsel, durch den sich die EU von ihrem Selbstbild der Zivilmacht verabschiedete. Sie wandte sich nun der Entwicklung und Anwendung eigener militärischer Kapazitäten zu, allerdings nach wie vor in einem weitgehend komplementären Verhältnis zur damaligen US-Politik (vgl. Bieling 2010: 208 f.). So fand sich auch eine für neokonservative Außenpolitik typische Verschränkung von liberalem Universalis-

mus und geopolitischem Kalkül: «Selbst im Zeitalter der Globalisierung spielen die geografischen Aspekte noch immer eine wichtige Rolle. […] Wir müssen darauf hinarbeiten, dass östlich der Europäischen Union und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten entsteht, mit denen wir enge, auf Zusammenarbeit gegründete Beziehungen pflegen können.» (Europäischer Rat 2003: 7 f.) Gleichwohl gab es eine realpolitische Einschätzung des eigenen politischen Gewichts im weltpolitischen Kontext: Man strebte daher im Rahmen der ESS strategische Partnerschaften mit den größeren Staaten an – also den Umgang auf Augenhöhe mit solchen Staaten, auf deren gesellschaftspolitische Entwicklung und ökonomisch-regulative Paradigmen die EU ohnehin wenig Einfluss hatte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die großen außenpolitischen Integrationsschübe der EU aus einer Zeit datieren, da das neoliberale Paradigma der europäischen Integration weit weniger hinterfragt wurde als heute. Bei allen Differenzen zwischen den nationalen Regierungen materialisierte sich in den Konzepten und Inhalten der europäischen Außenpolitik zumindest ein kleinster gemeinsamer Nenner: die Übertragung des Modus der disziplinierend-neoliberalen Integrationsweise der EU in benachbarte Regionen und Staaten mithilfe der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Und er bedeutete eine weitere Abkehr von der Selbstidentifikation als Zivilmacht durch die Definition als regional handelnde Akteurin, die gleichwohl ihre begrenzte weltpolitische Kapazität kannte.

DIE GROSSEN AUSSENPOLITISCHEN INTEGRATIONSSCHÜBE DER EU DATIEREN AUS EINER ZEIT, DA DAS NEOLIBERALE PARADIGMA DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION WENIGER HINTERFRAGT WURDE ALS HEUTE.

KRISE DES INTEGRATIONSMODUS UND SCHEITERN DER EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFTSPOLITIK

Spätestens mit der globalen Wirtschaftskrise ab 2007 ist der Prozess der neoliberalen Globalisierung infolge der weltweit divergierenden nationalen Strategien der Krisenbearbeitung ins Stocken geraten (Bieling 2010: 232). Dies heißt aber nicht, dass Neoliberalismus als Paradigma an sich nunmehr schnell und entschlossen abgewickelt wurde. Vielmehr wurde gerade in der EU das Krisenmanagement primär in den Dienst der Konsolidierung des angeschlagenen Neoliberalismus gestellt (vgl. Becker/Jäger 2009; Bieling 2011). Die ökonomisch stärksten Staaten der EU versuchten unter Führung Deutschlands[1] und abgestimmt mit den Interessen der führenden transnationalen europäischen Konzerne, über den Mechanismus der EU-weiten austeritätspolitischen Krisenbearbeitung (vgl. Becker/Jäger 2012) das Paradigma des disziplinierenden Neoliberalismus auch in der inneren Peripherie der EU verstärkt zu verankern. Dabei stießen sie in unterschiedlichem Maße auf Widerstände, in ihrer zugespitztesten Form wurde die Frage anhand der Staatsverschuldung Griechenlands ausgetragen.

Für die führenden Kapitalfraktionen in den kriselnden mediterranen Staaten war Austeritätspolitik aufgrund ihrer deflationären Effekte nicht die erste Wahl, aber die einzige Option, um weiterhin die eigenen Kreditbeziehungen zu den Zentren der EU aufrechterhalten zu können, die im Falle eines Austritts aus dem Euro gefährdet gewesen wären. Während insgesamt das disziplinierend neoliberale Paradigma primär auf Kosten der breiten Bevölkerungsschichten durchgesetzt wurde, mussten zwangsläufig also auch die herrschenden Blöcke der führenden EU-Staaten und die mit ihnen assoziierten Eliten der inneren Peripherien erhebliche Nachteile erzwungenermaßen in Kauf nehmen: Hohe Anpassungskosten, über Jahre hinweg verringerte Wachstumsraten, forcierte Vernachlässigung bestehender Infrastrukturen und negative Auswirkungen auf den sozialen und politischen Zusammenhalt in diesen Staaten und der EU insgesamt stellten eine hegemoniepolitische Herausforderung dar. Nicht nur durch die intensive Auslastung der institutionellen Kapazitäten infolge des Krisenmanagements, sondern die genuin politische Krisenbearbeitung

1 In Deutschland war dieses Unterfangen begleitet von Debatten, inwieweit den supranationalen Institutionen der EU – allen voran die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank – hinsichtlich ihres Durchsetzungsvermögens zu trauen sei. Damit lastete auf der Bundesregierung ein immenser Druck, in der Austeritätspolitik Führung zu zeigen. Selbst Institutionen wie IWF und Weltbank traten damals für eine moderatere Austeritätspolitik ein.

sowie vor allem die tiefe innere Krise der EU reduzierten ihre Fähigkeit, ein attraktives politisches Modell anzubieten. Politische Attraktivität, die wichtigste außenpolitische Ressource, die sie als Union hat, war und ist in ihrer Wirkmacht deutlich geschwächt.

In den mediterranen Nachbarstaaten der EU scheiterte die Europäische Nachbarschaftspolitik vollends. Zum einen war die unter dem Schlagwort «Good Governance» nahegelegte konsequente Einführung des disziplinierend neoliberalen Paradigmas von Beginn an wenig realistisch, denn die autoritär regierten Staaten standen sozioökonomisch unter einem immensen popularen Rechtfertigungsdruck. Ohnehin spielte die ENP angesichts weit mächtigerer Neoliberalisierungshebel (Handelsregime, IWF, Weltbank etc.) eine sekundäre Rolle. Zum anderen hatte bereits der erreichte Grad der neoliberalen Transformation kein dynamisches ökonomisches Wachstum auf Basis einer Modernisierung und Erweiterung der lokalen Produktivkräfte angeregt, sondern klientelistische Wachstumsmodelle hervorgebracht, die die sozialen Widersprüche verschärften (vgl. Daher 2018). Die positive Beziehung zwischen ökonomischer und politischer Liberalisierung existierte als ideologische Grundannahme der ENP, aber nicht in der sozialen und politischen Realität. Der Staat als Rahmen der produktiven Welt (Gramsci) musste die in der Bevölkerung ungeliebten Transformationsprozesse autoritär absichern. Daher konnte er diese Prozesse nicht synchron mit einer Agenda der Demokratisierung verbinden. Wo zaghafte Versuche betrieben wurden, wurden sie rasch wieder eingestellt. Die sich gegenseitig verstärkenden Widersprüche aus schwindender ökonomischer Handlungssouveränität, schlechter Neoliberalisierungsperformance und politischem Autoritarismus mündeten zu Beginn der letzten Dekade in jene Kette von Aufständen, die als Arabellionen bekannt wurden (vgl. Tuğal 2017).

DIE POSITIVE BEZIEHUNG ZWISCHEN ÖKONOMISCHER UND POLITISCHER LIBERALISIERUNG EXISTIERTE NICHT IN DER REALITÄT.

Einen wichtigen Sonderfall stellte die Türkei dar. Das Bestreben, die EU zu einer stärker außenpolitischen agierenden Akteurin aufzubauen, hatte seit Ende der 1990er Jahre zu einer erneuten Dynamisierung des Beitrittsprozesses geführt (vgl. Gehring 2010).[2] Während Frankreich und Deutschland sich von einem Beitritt der Türkei und ihrem geopolitischen Potenzial eine Stärkung der außenpolitischen Eigenständigkeit der EU erhofften, setzte Großbritannien darauf, durch die Integration der damals noch stark transatlantisch ausgerichteten Türkei ebenjenes Lager innerhalb der EU zu stärken. Auch die USA unterstützten nachdrücklich den Beitritt im Interesse, die EU würde sich so zu einer stärkeren, aber komplementären geopolitischen Akteurin entwickeln. Der herrschende Block in der Türkei erhoffte sich vom EU-Beitrittsprojekt, eine transnationale Verankerung des eigenen Neoliberalisierungsprojekts mittels der Synthese aus disziplinierendem Neoliberalismus und schrittweiser formaler Demokratisierung hegemonial in Gestalt des EU-Projekts zu vertiefen. Allerdings wandelten sich in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre die äußeren Bedingungen des EU-Projekts: Die innere Krise der EU verlangsamte die Vergemeinschaftungsprozesse der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und auch die nachlassenden Spannungen gegenüber der neokonservativen Bush-Administration in den USA ließen Mitte der 2000er Jahre das Interesse an einem Beitritt der Türkei erlöschen.

Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Staaten in der Nachbarschaft der EU wies die Türkei jedoch ein dynamisches Neoliberalisierungsprojekt auf, das sich in hohen Wachstumsraten, steigendem Konsum und einer rasch voranschreitenden kapitalistischen Rationalisierung aller Lebens-

2 Eigentlich war das Jahrzehnte währende türkische Beitrittsbegehren mit der 1995 vereinbarten sehr weitreichenden EU-Türkei-Zollunion (aus Sicht der EU-Staaten) de facto eingefroren worden. Erst die zunehmende Selbstidentifikation der EU als regional- und geopolitische Akteurin hatte den Raum geschaffen, über die Zollunion hinauszugehen; vgl. Gehring 2010.

bereiche materialisierte. Die daraus resultierenden sozialen Widersprüche sowie der politische Charakter des türkischen Transformationsprozesses unter Ägide der AKP wurden in den zahlreichen offiziellen Berichten und in den europäischen Elitendiskursen geradezu programmatisch übersehen. Dies galt nicht nur für die alltagskulturelle autoritär-islamistische Bearbeitung der Widersprüche des Neoliberalisierungsprojekts und die autoritäre Transformation der Staatsapparate. Auch die Tendenz, infolge der globalen Krise den bestehenden disziplinierenden Neoliberalismus in der Türkei durch einen ökonomisch expansiven und politisch charismatisch-rechtspopulistischen zu ersetzen, wurde konzeptionell nicht eingeordnet. Deshalb konnte die EU die Widersprüche ihrer eigenen Erweiterungspolitiken nicht begreifen und auch nicht verstehen, welche Projekte sich von rechts dagegen erhoben. Erst als sich 2013 unter dem Namen Gezi eine breite populare Revolte dagegen erhob (vgl. Gehring 2019), kam es zu einer Wende in der hegemonialen Wahrnehmung der Türkei. Bis dahin waren, trotz einzelner Konflikte, die Grundlinien der türkischen Politik noch mehrheitlich begrüßt worden. Dies galt auch für ihre zuweilen als «neoosmanisch» beschriebene Außenpolitik: Eine mit der EU verbundene Türkei, die sich auf ihr historisches Erbe «zurückbesann» und als «kulturell authentische» Kraft in der Region zu wirken schien, galt als Bereicherung der eigenen außenpolitischen Wirkungsmacht.

Von derlei orientalistischen Projektionen ist heute wenig geblieben. Im Verlauf der lang andauernden Hegemoniekrise ihres herrschenden Blocks hat sich in der Türkei ein autoritär-populistisches Regime herausgebildet, das als solches aber von einer zunehmenden Fragilität gekennzeichnet ist (vgl. Gehring 2020b). Der Versuch der türkischen Außenpolitik seit 2011, gestaltend in die Umbrüche im arabisch-mediterranen Raum einzugreifen, hat zur Verwicklung in zahlreiche regionale Kriege (zum Beispiel in Libyen und Syrien) geführt bzw. diese befördert.

Auch die Staaten der EU überschätzten in diesen Kriegen ihre Handlungsmöglichkeiten und unterschätzten zugleich deren fatale Folgen: wenn sie etwa, wie in Libyen, selbst militärisch agierten oder gezielt Bürgerkriegsparteien unterstützten, deren sozialen Ursprung und politische Agenda sie zuweilen gar nicht hinreichend kannten. In Syrien muss von einem internationalen Stellvertreterkrieg gesprochen werden, der fast globale Dimensionen angenommen hat (vgl. Gehring 2020a). Die Bewältigung dieser Krisen entzieht sich längst den etablierten Instrumenten der EU. So ist das sogenannte EU-Türkei-Abkommen außerhalb der bestehenden Vertragswerke mit der EU angesiedelt, die Beitrittskandidatin Türkei nimmt hier in der Verhinderung von Migration nach Europa die Rolle eines gewöhnlichen Drittstaats ein. Wenngleich sich westliche Akteure – allen voran die EU – graduell aus diesem Krieg zurückgezogen haben, war die EU von der jüngsten türkisch-russischen Eskalationsdynamik im Kampf um das nordwestsyrische Idlib mittelbar betroffen. Die Türkei hatte im März 2020 kurzfristig die Grenze zu Syrien ge-

öffnet, um eine stärkere europäische Unterstützung zu erpressen. Dennoch hielten sich die EU-Staaten und die USA aus der türkisch-russischen Konfrontation weitgehend heraus, allerdings wurden der Türkei höhere Finanzhilfen zur Umsetzung des EU-Türkei-Flüchtlingsabkommens zugesichert (vgl. Gehring 2020b).

Außenpolitische Erfolge schien die EU nach 2010 vor allem in Osteuropa zu erzielen. Die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine (vgl. Europäische Union 2014) machten Fortschritte. Ähnlich wie in anderen Staaten Osteuropas war auch dieses Abkommen geprägt vom Logos der europäischen Integration seit den Verträgen von Maastricht: disziplinierender Neoliberalismus in Verbindung mit der Stärkung liberaldemokratischer Institutionen. Das Assoziierungsabkommen war keine bewusste geopolitische Provokation Russlands seitens der EU. Vielmehr unterschätzten die EU-Akteure die unmittelbar geopolitische Bedeutung der Assoziation der Ukraine und ihre Wahrnehmung durch Russland. Das galt noch mehr für die zahlreichen innenpolitischen Konfliktlinien der Ukraine entlang der außen- und geopolitischen Konfliktachse. Entsprechend unvorbereitet war die EU auf die Eskalation in der Ukraine: Aussetzung des Abkommens durch die Regierung Janukowytsch, Sturz der Regierung durch die Proteste auf dem Maidan, die darauffolgende russische Annexion der Krim und die Unterstützung der sezessionistischen Bestrebungen im Osten der Ukraine. Letztere resultierten nicht zuletzt aus großen Unterschieden in der regional-ökonomischen Integration der Ukraine. Infolge der ausgeprägten Orientierung der stark industrialisierten Ostukraine auf die postsowjetischen Märkte stand nicht nur identitär, sondern auch ökonomisch einiges auf dem Spiel. Dieses ökonomische Konfliktpotenzial hat die EU bei der Konzeption des Abkommens nicht hinreichend erkannt, weil eigene Interessen überbetont wurden (vgl. Plank 2015).

DIE STAATEN DER EU ÜBERSCHÄTZEN IN DIESEN KRIEGEN, WIE ETWA IN LIBYEN, IHRE HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN UND UNTERSCHÄTZTEN ZUGLEICH DEREN FATALE FOLGEN.

DISZIPLINIERENDER NEOLIBERALISMUS – ACHILLESFERSE DER EU-AUSSENPOLITIK

Die Unterschätzung der geopolitischen und friedenspolitischen Implikationen der Übertragung des eigenen Integrationsmodus auf die gesellschaftlichen Kontexte benachbarter Staaten wurde fallübergreifend zur Achillesferse der europäischen Außenpolitik. Denn ihre Grundannahmen basieren wesentlich auf der Vorstellung, dass sich das neoliberale Paradigma durchgesetzt habe bzw. auf dem Weg der Durchsetzung befinde, aber der Regulierung durch den disziplinierenden Neoliberalismus bedürfe. Andere Formen von gesellschaftlicher Regulierung wurden tendenziell als anachronistisch oder als nepotistische Anomalien innerhalb der Weltordnung wahrgenommen, wenn zum Beispiel Korruptionsbekämpfung an Agenden der Neoliberalisierung gekoppelt war. Aufgrund der ausgeprägten Dominanz disziplinierend-neoliberaler Konzepte und ihrer starken normativen Aufladung («Good Governance» etc.) fehlten in führenden Segmenten der europäischen Staatszivilgesellschaftsblöcke[3] die intellektuell-konzeptionellen Kapazitäten, den Bias der eigenen Politik aus Sicht der «Anderen» wahrzunehmen. Letzteres ist aber für die Formulierung einer umsichtigen und zivilen Außenpolitik von entscheidender Bedeutung. Emanzipatorisch-normative Verpflichtung und realpolitische Notwendigkeit können hier die Synthese einer kritischen Vernunftethik eingehen. Doch dazu bedarf es intellektueller und institutioneller Kapazitäten, um wahrzunehmen, welche innergesellschaftlichen Spannungen aus der von außen induzierten Übernahme spezifischer neoliberaler Paradigmen resultieren können und in welch vielfältigen Wegen der Eskalation sie münden können.

Regulierungsformen variieren in Raum und Zeit und sind bedingt durch die lokalen Akkumulationsregime und sozialen Kräftekonstellationen. Unter den Bedingungen immer stärker finanzialisierter lokaler Akkumulationsregime wuchs jedoch deren Abhängigkeit von einer möglichst tiefen Einbindung in globale Zahlungsströme. Unter diesen Umständen wurde disziplinierender Neoliberalismus für zahlreiche lokale Akteure attraktiv, da sie im globa-

3 Mit dem Begriff «integraler Staat» führt Antonio Gramsci die häufig getrennt voneinander verhandelten Begriffe von Staat und Zivilgesellschaft in Form eines gegenseitigen Bedingungsverhältnisses zusammen. Gesellschaftliche Hegemonie konstituiert sich in der umkämpften Zivilgesellschaft und ist zugleich die Voraussetzung für die effektive Ausübung der Staatsmacht; die führenden Eliten formieren sich sowohl in der Zivilgesellschaft als auch im Staat, diese organische Verbindung bezeichne ich hier als Staatszivilgesellschaftsblock.

len Finanzkapitalismus homogene, das heißt berechenbare Umstände für Investitionen schaffen. Grundlegende Elemente des disziplinierenden Neoliberalismus werden daher auf der für Elitenakteure besonders zugänglichen transnationalen und supranationalen Ebene ausgehandelt. Doch nicht jedes Paradigma wirkt in gleicher Weise auf jede lokale Ökonomie, dies gilt auch für den disziplinierenden Neoliberalismus. Gerade die mediterranen EU-Staaten haben in den zurückliegenden Jahren die Erfahrung gemacht, dass ihre Mitgliedschaft im Gemeinsamen Binnenmarkt zusammen mit wettbewerbsstärkeren Ökonomien und der Neoliberalisierung in Gestalt des Vertrags von Maastricht, samt seiner Folgeverträge, Tendenzen der Deindustrialisierung begünstigte und zu hohen Leistungsbilanzdefiziten führte (vgl. Becker/Jäger 2012). Innerhalb der disziplinierend-neoliberalen Integrationsweise der EU fehlen aber (auch wegen der wenig entwickelten EU-weiten wohlfahrtsstaatlichen Koordinierung) wichtige Transfermechanismen, um Defizite zwischen den Staaten, die unterschiedliche Produktivitätslevels aufweisen, auszugleichen. Zudem existiert zwar ein gemeinsamer Währungsraum, aber keine gemeinsame Staatsfinanzierung. Ohne diese Faktoren wäre die ökonomische Krise in Griechenland und anderen mediterranen Staaten der EU infolge der globalen Krise von 2007 so nicht möglich gewesen.

WÄHREND DER DISZIPLINIERENDE NEOLIBERALISMUS DIE FRAGE DER ÖKONOMIE AUTORITÄR VERHANDELT, ÖFFNET ER DEN RAUM FÜR DIE AUTORITÄR-POPULISTISCHE BEARBEITUNG DIESES WIDERSPRUCHS.

Zudem hat die enge Verbindung von formaler Demokratisierung und disziplinierendem Neoliberalismus den Handlungsspielraum der progressiven Kräfte stark eingeschränkt: Während in Staaten mit seit Langem etablierter und institutionell abgesicherter liberaldemokratischer Praxis disziplinierender Neoliberalismus eindeutig zur Entdemokratisierung tendiert, ergibt sich in jenen mittelosteuropäischen Staaten, in denen der Übergang zu formaler Demokratisierung historisch synchron zur Neoliberalisierung stattfindet, ein äußerst ambivalentes Bild. Mit der Einführung liberaler Demokratie geht dort notgedrungen die Akzeptanz eines transnational veran-

kerten Wirtschaftsregimes einher, auf das subalterne Kräfte kaum noch Einfluss nehmen können.

Dies ermöglicht es autoritär-populistischen Kräften, die sich selbst wesentlich auf eine charismatische populare Legitimation stützen, die im Grundsatz weiterhin neoliberale Wirtschaftspolitik populistisch zu repolitisieren und Alternativen von rechts zum disziplinierenden Neoliberalismus zu platzieren, indem sie die disziplinierend neoliberale Wirtschaftspolitik lockern. Die tragenden Institutionen des disziplinierenden Neoliberalismus (unabhängige Zentralbanken, technokratische Regulierungsagenturen etc.) werden dafür aber nicht nur gezielt geschwächt, sondern ihre Schwächung ist Teil eines weit umfassenderen Angriffs auf bürgerliche Rechtsnormen insgesamt. Beispiele dafür finden sich innerhalb wie außerhalb der EU: etwa Ungarn unter Viktor Orbán (vgl. Becker 2020) oder die Türkei unter Recep Tayyip Erdoğan.

Während der disziplinierende Neoliberalismus die Frage der Ökonomie autoritär verhandelt, sich dabei aber auf eine liberaldemokratische Rechtfertigungserzählung stützt, öffnet er zugleich den Raum für die autoritär-populistische Bearbeitung dieses Widerspruchs und für den Übergang zu mannigfaltigen Formen von politischem Autoritarismus. Darüber hinaus ist eine von einem disziplinierend-neoliberalen Bias getragene europäische Integration auch für nicht autoritäre Kräfte keineswegs zwingend ein attraktives Angebot. Somit haben die vom disziplinierend-neoliberalen Bias getragenen (Nachbarschafts-)Politiken der EU deren hegemoniales Potenzial geschwächt, und das, nachdem die führenden EU-Eliten es einige Jahre zuvor überhaupt erst entdeckt hatten.

Die Fähigkeit, ein «Empire by Invitation» zu konstituieren, bildete die Voraussetzung für die Hegemonie der USA in der Nachkriegszeit in weiten Teilen der transatlantischen Welt. Sie erlaubte innerhalb des hegemonialen Systems breite Varianzen der lokalen kapitalistischen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements. Darüberhinausgehend hat die europäische Integration seit Maastricht versucht, die Warenproduktion und -zirkulation durch Intensivierung des Wettbewerbs untereinander regulativ zu vereinheitlichen – ohne gleichzeitig die soziale Integration der EU zu vertiefen. Es blieb bei einer Pluralität der nationalen Wettbewerbsstaaten, die sich in ihrer konkreten Form überhaupt erst durch den spezifischen Integrationsmodus der EU konstituierten. In anderen Worten: Die durch den Integrationsmodus beförderte Form konkurrenzgetriebener Pluralität setzte zugleich der weiteren politischen Vertiefung der EU eine inhärente Grenze. Nicht nur aufgrund der Krise der EU, sondern auch aus diesem Modus der europäischen Integration heraus konnte sich daher keine einheitlich koordinierte Außen- und Sicherheitspolitik der EU entwickeln, obwohl dazu in den 2000er Jahren einige Institutionen geschaffen worden waren (s.o.).

KRISE DER US-HEGEMONIE – KRISE DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION?

Wie eingangs dargestellt, ging die hegemoniale Rolle der USA in der Nachkriegszeit einher mit umfangreichen hegemonialen Konzessionen, die den Rahmen für einen Multilateralismus unter Führung und im Interesse der USA schufen. Das Projekt der europäischen Integration war darin eingebettet. Ein möglicher Niedergang der US-Hegemonie, die spezifischen Formen, damit umzugehen, oder die Versuche, ihn abzuwenden, betreffen damit unmittelbar jenes äußere Feld, auf dem sich die europäische Integration entfaltet.

Mit der trumpschen Außen- und Wirtschaftspolitik erhöhte sich der Druck auf die Praxen und Strukturen einer multilateralen Handels- und Wirtschaftspolitik. Dies bedeutet nicht, dass die USA eine Abkehr vom Freihandel anstrebten, es ging ihnen vielmehr um eine Neujustierung des Freihandels (vgl. Solty 2016) zu Konditionen, die der Leistungsfähigkeit und dem spezifischen Wettbewerbsfähigkeitsprofil ihrer Ökonomie besser entsprechen. Denn in komplexen, hochgradig institutionalisierten multilateralen Verhandlungsformaten können sie ihre Rolle als größte ökonomische und politische Macht der Welt weniger zur Geltung bringen als in bilateralen. Im Grunde wollten sie Alternativen zu einem nunmehr als kostenintensiv wahrgenommenen Multilateralismus entwickeln. Hegemoniepolitische Zugeständnisse, die einst gemacht wurden, um eine multilaterale Ordnung unter US-Führung zu errichten, sind in der Folge des relativen Abstiegs der USA heute nicht mehr tragbar – so die unausgesprochene Annahme der trumpschen Außenpolitik des «America First». Dies bedeutete jedoch keineswegs einen Verzicht auf hegemoniale Führung, sondern war der Versuch, die dafür nötigen Elemente von Zwang und Konsens neu zu gewichten. Im Kern wurde der stärker auf transatlantischen Multilateralismus setzende Ansatz der Obama-Administration von der Trump-Regierung durch einen neuen, stärker unilateralen Ansatz ersetzt. Damit ist ein steigender Druck auf bestehende multilaterale Strukturen innerhalb der transatlantischen Ordnung einhergegangen, da der unilaterale Ansatz tendenziell bilaterale Verhandlungsformate bevorzugt hat.

Bewusst oder unbewusst haben die USA mit dieser Form der Rückgewinnung von Führungsfähigkeit einen wichtigen systemischen Pfeiler der europäischen Integration frontal angegriffen: Die EU und ihre Vorgängerinnen konstituierten sich komplementär in den Räumen, die die auf Multilateralismus basierende US-Hegemo-

nie geschaffen hatte.[4] Der Angriff auf diesen Multilateralismus und seine Institutionen verband sich dabei mit der bereits seit über zehn Jahren andauernden Krise der neoliberalen Integrationsweise der EU. Denn auf kaum einem Gebiet ist die europäische Integration nach innen so tief wie im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik – nirgendwo sonst haben ihre Mitgliedsstaaten so viele Kompetenzen an die supranationalen EU-Institutionen übertragen wie dort. Und daher agiert die EU auf diesem Feld außenpolitisch am geschlossensten und hat hier global das größte Gewicht. Eine Krise der Welthandelsordnung wirkt unmittelbar auf sie zurück.

Die trumpsche Form der Hegemoniepolitik war dabei in sich höchst widersprüchlich: Insofern die USA unter Präsident Trump zugleich von den meisten Staaten der EU einen höheren militärischen Beitrag zur NATO einforderten, ist es bemerkenswert, dass politökonomische und geopolitische Erwägungen kaum miteinander verknüpft wurden: Wenn die USA einen höheren Rüstungsbeitrag der EU-Staaten haben wollten, so hätten sie eigentlich angesichts der Tiefe der Krise der europäischen Integration ihren wirtschafts- und handelspolitischen Kurs stärker mit der EU abstimmen müssen, um die ökonomische Grundlage intensivierter rüstungspolitischer Anstrengungen in Europa nicht zu gefährden. Allerdings ist zu bedenken, dass die US-amerikanische Forderung nach einem größeren europäischen Beitrag zu den NATO-Ausgaben nicht einhergeht mit einem Wunsch nach einer größeren geopolitischen Autonomie der EU. Die USA sahen sich auch unter Trump nicht auf isolationistischem Kurs, sondern nach wie vor als Führungsmacht der westlichen Welt. Ihren Angriff auf die multilateralen Formen der Reguliyerung der Welthandelsordnung verstanden sie durchaus als angemessene Maßnahme im Interesse der westlichen Welt.

Fassen wir die Krisentendenzen zusammen: Was nach 1945 den transatlantisch-westeuropäischen Raum konstituierte, war nicht nur geopolitisch durch den Ausgang des Zweiten Weltkriegs und die fortwährende Konfrontation während des Kalten Kriegs begründet. Unter dem Dach der US-Hegemonie und ihren multilateralen Institutionen verfolgten die verschiedenen Staaten des transatlantischen Raums ihre nationalen fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungspfade. Mit der Krise des Fordismus und der Krise des Goldstandards brach in den 1970er Jahren zwar das Bretton-Woods-System zusammen, dessen Institutionen wurden aber zu den Trägerinnen der neuen neoliberalen Ordnung. Mehr noch: Sie trieben sie aktiv voran und globalisierten sie in Gestalt des Washington Consensus. In der gegenwärtigen Krise des Neoliberalismus lässt sich zumindest die Frage stellen, inwieweit das trumpsche Bestreben, Führungsfähigkeit wiederzugewinnen, die institutionellen Strukturen der gegenwärtigen multilateralen neoliberalen Ordnung zur Disposition stellte, im Glauben, den Neoliberalismus jener Ordnung

4 Auch die neokonservative Bush-Administration hatte den Multilateralismus der Welthandelsordnung trotz einzelner Konflikte nicht grundsätzlich infrage gestellt.

über das multilateral mögliche Maß hinaus radikalisieren zu können.

Auch in Teilen der EU haben sich ähnliche Projekte in den Staatsapparaten verankern können. Denn die Krise der neoliberalen Integrationsweise und die Schwäche linker Gegenprojekte haben in den letzten Jahren EU-weit zum Erstarken einer Reihe von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen und zuweilen zu einer Transformation etablierter konservativer Parteien geführt. Auch wenn diese Kräfte nicht überall auf eine Radikalisierung des überkommenen Neoliberalismus setzten, so gibt es dafür doch prominente Beispiele: Großbritannien etwa. Während der EU-Austritt in einem autoritär-populistischen Diskurs mit der Unterbindung unerwünschter Migration, geringeren Abgaben an die EU und einem Bruch mit dem Establishment in Brüssel popular begründet wurde, eröffnete er nun die Möglichkeit, außerhalb der EU den Versuch eines Relaunches des britischen Neoliberalismus in radikalisierter Form zu wagen (vgl. Jessop 2017). In den Brexit-Verhandlungen machte die EU auf allen entscheidenden wirtschafts- und handelspolitischen Feldern umfassenden Gebrauch vom Übergewicht ihrer dort besonders gut ausgebauten supranationalen administrativen Kapazitäten. Dies erschwerte es der britischen Seite, einen den eigenen Interessen nicht abträglichen, zugleich aber einvernehmlichen Austrittsvertrag mit der EU auszuhandeln. In dieser Konstellation drohte die britische Regierung mit einem Austritt ohne Vertrag (harter Brexit), um ihre Verhandlungsposition zu verbessern. Auf dem Höhepunkt der Konfrontation im Sommer 2019 erhielt sie von der US-Administration Unterstützung, die Großbritannien für den Fall eines harten Brexits den raschen Abschluss eines bilateralen Handelsabkommens in Aussicht stellte und die Regierung zumindest rhetorisch gar zum harten Brexit ermunterte. Wegen der nationalistischen Zuspitzung der Neoliberalismuskrise auf die Brexit-Frage konnte die politische Linke in Gestalt der Labour Party und ihres Vorsitzenden Jeremy Corbyn bei den Parlamentswahlen nicht entscheidend punkten. Ebenso zeigte sich im Agieren der Labour Party sehr deutlich, dass trotz des Formulierens antineoliberaler Alternativen im Sinne eines Green New Deal noch keine tiefgreifende Transition der Partei (zurück) zur Sozialdemokratie vollzogen wurde. Damit hatte sie aufgrund ihrer inneren Machtverhältnisse keine Möglichkeit, für den bereits nicht mehr abwendbaren Brexit ein linkes Szenario anzubieten – auch deshalb konnte die soziale Frage nicht wirkungsvoll auf die Agenda gesetzt werden. Zudem wurde Jeremy Corbyn nach den Wahlen durch den stärker zentristischen Keir Starmer ersetzt.

DIE EU UND IHRE VORGÄNGERINNEN KONSTITUIERTEN SICH IN DEN RÄUMEN, DIE DIE AUF MULTILATERALISMUS BASIERENDE US-HEGEMONIE GESCHAFFEN HATTE.

PESCO – ANTWORT AUF TRUMP ODER KONDENSATIONSKEIM EINER NEUEN INDUSTRIEPOLITIK?

Der seit 2014 eskalierte Konflikt mit Russland um die Ukraine hat zu einer beträchtlichen Steigerung der nationalen Rüstungsausgaben in wichtigen Staaten der EU geführt. Das schon auf dem NATO-Gipfel in Prag 2002 formulierte und 2014 bekräftigte Ziel (vgl. Stöber 2019), zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung bereitzustellen, wurde nun von zahlreichen EU-Mitgliedern konsequenter verfolgt als noch unter der stärker multilateral ausgerichteten Obama-Regierung. Mit der Trump-Administration und ihrem veränderten hegemoniepolitischen Ansatz wandelten sich jedoch nicht nur die Bedingungen für die Außenhandels- und Wirtschaftspolitik der USA: Auch die bündnispolitische Verbindlichkeit der USA gegenüber der NATO wurde in europäischen Elitendiskursen infrage gestellt, die den Westen insgesamt in einer tiefen Krise und in der Defensive gegenüber Russland sahen. Dies eröffnete den Weg, die europäischen Integrationsbemühungen auf dem außen- und sicherheitspolitischen Feld wiederzubeleben. Die Möglichkeiten, die der Vertrag von Maastricht (1992) dazu bietet, sind noch lange nicht ausgeschöpft – bereits der Vertrag über eine Verfassung für Europa von 2004 und der Vertrag von Lissabon von 2009 beinhalten das Prinzip der Permanent Structured Cooperation (PESCO).[5] Doch in den 2000er Jahren hatten die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Interessen, namentlich der permanente Widerstreit zwischen mehr und weniger stark transatlantisch ausgerichteten Staaten, die Formulierung einer gemeinsamen EU-Außenpolitik behindert. Mit dem Brexit hat sich dieses Konfliktfeld erheblich entspannt. Dies erleichterte Ende 2017 die Aktivierung der PESCO, an der, mit Ausnahme Dänemarks, alle EU-Mitglieder teilnehmen.

Der Schwerpunkt der PESCO liegt indes nicht auf der Außenpolitik im Allgemeinen und der Schaffung neuer multinationaler Kampfverbände, sondern auf der Vergemeinschaftung der europäischen Rüstungspolitik – so wurden weiterhin bestehende unterschiedliche nationale Zielsetzungen in der Außen- und Sicherheitspolitik galant umschifft. Folglich geht es quantitativ um die regelmäßige Erhöhung der Verteidigungshaushalte, die mittelfristige Anhebung der Rüstungsausgaben auf 20 Prozent und der Forschungsaufga-

5 Die Ratifikation des Vertrags über eine Verfassung für Europa scheiterte an den Referenden in den Niederlanden und Frankreich. Mit dem Vertrag von Lissabon wurden allerdings 2009 wichtige Inhalte in einer Form übernommen, die zur Ratifikation keine Volksabstimmungen voraussetzte.

ben auf zwei Prozent der Verteidigungshaushalte. Und die starke qualitative Komponente sieht gemeinsame strategische Rüstungsprojekte vor, die von einem Europäischen Verteidigungsfonds finanziert werden. Auch im neuen Bereich der «Cyberdefence» ist eine enge Zusammenarbeit vorgesehen. Diese korporatistische Komponente wird zugleich mit einem intensivierten Wettbewerb durch Schaffung eines europäischen Rüstungsmarkts verschränkt, wovon die wettbewerbsstärksten Hersteller am meisten profitieren werden. So soll nicht zuletzt die Typenvielfalt reduziert und die Interoperabilität der Streitkräfte, ihrer Strategien und Waffensysteme verbessert werden.

Obwohl die PESCO kein weiterer expliziter Integrationsschritt ist, um gemeinsam außenpolitische Ziele zu formulieren, und damit hinter den französischen Erwartungen zurückbleibt, trägt sie gleichwohl zu einer weiteren Vertiefung der bereits vergemeinschafteten militärischen Strukturen bei. Insofern sie aber als eine EU-vertragskonforme «Koalition der Willigen» organisiert ist, kann und soll sie auch Einsatztruppen und Logistik für die EU-Battlegroups und gemeinsame GSVP-Einsätze bereitstellen und sieht die gemeinsame Finanzierung von GSVP-Missionen vor.[6] Das verlangt, innerhalb von 5 bis 30 Tagen für einen Zeit-

OBWOHL DIE PESCO KEIN WEITERER EXPLIZITER INTEGRATIONSSCHRITT IST, TRÄGT SIE ZU EINER WEITEREN VERTIEFUNG DER BEREITS VERGEMEINSCHAFTETEN MILITÄRISCHEN STRUKTUREN BEI.

6 Die Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik (GASP) wurde 1993 mit dem Vertrag von Maastricht eingerichtet, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) 2001 mit dem Vertrag von Nizza unter der Bezeichnung Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), bevor sie 2007 mit dem Vertrag von Lissabon ihren heutigen Namen erhielt. Die GSVP ist Teil der GASP, folgt jedoch teilweise besonderen Regeln und hat auch einige eigene Institutionen.

raum von 30 bis 120 Tagen bewaffnete Kräfte samt logistischer Unterstützung zur Verfügung stellen zu können (vgl. Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag 2016).

Im Grunde stellt die PESCO damit primär einen Kondensationskeim für die Entwicklung einer europäischen Rüstungsindustrie dar. Obwohl ihre Aktivierung vor allem auf die veränderte Gewichtung von Multilateralismus und Bilateralismus und namentlich deren Auswirkungen im transatlantischen Verhältnis reagiert, indem sie die industriepolitische Fundierung für eine größere Eigenständigkeit schafft, handelt es sich dabei wesentlich um eine Kooperation innerhalb der NATO. Ein solche ist im Prinzip weiterhin komplementär zu den Interessen der USA, zumal die europäischen Rüstungsprojekte auf absehbare Zeit auf wichtige industrielle Vorprodukte aus den USA angewiesen sein werden.

Eine noch offene und womöglich entscheidende Frage für die Bedeutung der PESCO in der Zukunft ist, wie sich die gegenwärtige Krise des Neoliberalismus entwickelt. Generell sind die Rüstungssektoren in den einzelnen Nationalstaaten (insbesondere durch die Beschaffungs- und Vergaberichtlinien beim Erwerb von Rüstungsgütern sowie dank ihrer als strategisch definierten Rolle) relativ gut vor entfesseltem Wettbewerb und feindlichen Übernahmen abgeschirmt. Durch die enge Verzahnung mit öffentlichen Forschungsinstitutionen können sie vor allem in Staaten mit weniger entwickelter (Export-)Industrie eine wichtige Rolle für eine aktive Industriepolitik unter den Bedingungen eines neoliberalen Wirtschaftsregimes spielen. Allerdings können national zersplitterte Rüstungssektoren nicht ausreichend Mittel für Forschung und Entwicklung konzentrieren und auch keine hinreichenden Skaleneffekte verbuchen, um langfristig gegenüber US-Konzernen wettbewerbsfähig und profitabel zu bleiben. Ihre niedrigen Stückzahlen verursachen zudem hohe Stückkosten für die nationalen Armeen.

Darauf hat die PESCO mit einer wettbewerbskorporatistischen Agenda reagiert. Inwieweit sich die einzelnen Staaten gegenüber der PESCO verpflichtet fühlen, dürfte nicht unwesentlich von ihrer industriellen Struktur abhängen – für Frankreichs Exportperformance und industrielle Innovationskraft spielt der Rüstungssektor zum Beispiel eine größere Rolle als für den Deutschlands. Die zukünftige Rolle der PESCO ist nicht nur deswegen schwer zu bewerten, sondern auch aufgrund der eskalierenden Krisentendenzen: der umfassenden multidimensionalen Krise des Neoliberalismus, die sich durch die Ausbreitung des Corona-Virus verschärft und 2020 zu einem dramatischen ökonomischen Absturz geführt hat.

Im Kontext der schlagartig verschärften Krise des Neoliberalismus ist nicht nur die quantitative Dimension von Interesse, sondern auch die Frage nach ihren qualitativen Folgen. Zahlreiche Industriezweige, insbesondere Leitsektoren wie die Autoindustrie, sehen sich seit einigen Jahren mit erheblichen Problemen konfrontiert – wenn es zum Beispiel darum geht, Antworten auf

die ökologische Frage zu liefern. Im Bereich Elektroantriebe hinkt die europäische Automobilindustrie technisch zum Teil erheblich ihrer außereuropäischen Konkurrenz hinterher (vgl. Schadt 2020) und insgesamt wird der Individualverkehr immer kritischer in Bezug auf seine CO_2-Bilanz gesehen. Tendenzen eines strukturellen Nachfrageрückgangs waren schon vor der Eskalation durch die Corona-Krise offensichtlich. Sie werden nun durch die Krise konjunkturell verschärft, die Stilllegung von Produktionskapazitäten lässt perspektivisch die Frage nach ihrem Wiederanfahren zu einer Frage der Konversion werden. Dies gilt vor allem dann, wenn sich die Corona-Krise mittelfristig nicht einfach als ein quantitativer Einbruch darstellt, sondern wenn mit einer dauerhafteren Verschiebung von Konsumptionsmustern eine Neugestaltung von Produktions- und Distributionsabläufen einhergeht, die auf die industrielle Struktur insgesamt wirken würde. Das bedeutet aber nicht, dass die Konversion dieser Produktion zwangsläufig in Richtung Rüstung gehen wird, sondern ist immer eine Frage von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Zudem haben die seit Jahrzehnten vernachlässigten Infrastrukturen einen erheblichen Investitionsbedarf. Die Corona-Krise zeigt einmal mehr, dass dies nicht nur für Verkehrsinfrastrukturen gilt. Und gerade vor dem Hintergrund globaler Konkurrenz besteht ein Zwang zur infrastrukturellen Wettbewerbsfähigkeit – mit allen Implikationen für die weitere Hegemoniefähigkeit des neoliberalen Paradigmas.

Allein schon um des Managements der ökonomischen Krise willen scheint ein stärker korporatistisches Wachstumsmodell denkbar, das zugleich das Kräfteverhältnis der Kapitalfraktionen beeinflusst. Strukturen wie die PESCO, die den Rahmen für die Koordinierung von Industriepolitiken in einem wenn auch begrenzten Sektor herstellen, könnten sich zudem zur Blaupause für weitere neue europäische Industriepolitiken entwickeln. Bislang haben allerdings jene Felder, die sich mit der Regulierung der ökologischen Krise beschäftigen (European Green New Deal), sowie die darauf abgestimmten EU-Industriestrategien ein höheres Gewicht bei der Verschiebung industriepolitischer Diskurse gehabt (vgl. Eder/Schneider 2020: 4 f.) Hinzu kommt eine verschärfte Konkurrenz mit China, die sich sowohl in Form marktgetriebener kapitalistischer Konkurrenz als auch in Gestalt system- und geopolitischer Konkurrenz artikuliert (siehe nachstehenden Exkurs). Es macht einen Unterschied, ob China primär als systemische Herausforderung im wettbewerblich-ökonomischen oder im geopolitischen Sinne gesehen wird. Ersteres schlägt sich in vermehrten Diskursen und Initiativen zur «digitalen Wende» und zur «Industrie 4.0» nieder (vgl. Eder/Schneider 2020: 6 f.); Letzteres könnte zu einer stärkeren Gewichtung rüstungspolitischer Initiativen und einer Konkurrenz industriepolitischer Ressourcen führen. Inwieweit dies indirekt der bislang stockenden Militarisierung der EU eine neue Dynamik verleihen kann, gilt es daher beständig im Auge zu behalten. Weitere Forschung auf diesen – hier nur kursorisch angedeuteten – Feldern ist von höchster Relevanz, um die künftige Entwicklung der europäischen Integration

kontinuierlich fassen und ihre Tendenzen projizieren zu können. Dies gilt für sämtliche industriepolitischen Felder – von der Mobilitäts- bis zur Rüstungspolitik. Unbestreitbar ist die diskursive Öffnung hin zum Begriff Industriepolitik, der zu Hochzeiten des Neoliberalismus an sich verpönt war.

Ebenso sind die Dynamiken infolge der gegenwärtigen (Corona-)Krise mitzubedenken: Werden desintegrative Tendenzen innerhalb der EU die Oberhand gewinnen und weitere Integrationsschritte erschweren? Oder wird auf diese mittelfristig mit neuen Vergemeinschaftungsschritten reagiert werden, um beispielsweise den Übergang in ein postneoliberales Wachstumsmodell zu organisieren? Kehrt der Druck der Austeritätspolitik mittelfristig wieder zurück? Welche Auswirkungen wird die Krise auf die globale Handels- und Wirtschaftsordnung haben? Bedeutet eine Renaissance von Industriepolitik zwangsläufig eine Überwindung der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise oder würde sie komplementär eingebaut? Diese politökonomischen Logiken sind für die Frage und auch die Kritik einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik von erheblicher Bedeutung. Denn, wie gezeigt, ist eine neoliberale europäische Integrationsweise, die die verschiedenen nationalen Staats- und Zivilgesellschaftskomplexe als nationale Wettbewerbsstaaten in Konkurrenz zueinander setzt, der Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik nur begrenzt dienlich. Eine stärker vergemeinschaftete europäische Rüstungspolitik muss sich nicht zwangsläufig in effektives gemeinsames außenpolitisches und militärisches Handeln übersetzen, solange der wettbewerbsstaatliche Integrationsmodus an sich Tendenzen der nationalen Konkurrenz untereinander befördert. Allerdings liegt hier auch eine friedenspolitische Herausforderung verborgen: Was, wenn es gelingt, die Krisentendenzen durch eine erneuerte Form der europäischen Integration zu bannen, die die Konkurrenz der nationalen Wettbewerbsstaaten durch deren verbesserte Koordination überwindet? Eine EU mit stärkeren inneren Transfermechanismen, Elementen einer Sozialunion und eines europäischen Korporatismus wäre noch immer eine kapitalistisch verfasste Union. Sie wäre nicht zwangsläufig friedfertiger, sondern möglicherweise infolge ihrer inneren Reformen überhaupt erst in der Lage, im Konzert der großen Mächte als Union aufzutreten. Doch jenseits dieser Spekulation stellt sich (zunächst) die Frage, wie führende Teile unserer politischen Eliten, namentlich der CDU/CSU-Fraktion, die gegenwärtige Situation einschätzen und welche Rolle sie der EU beimessen.

EINE STÄRKER VERGEMEINSCHAFTETE EUROPÄISCHE RÜSTUNGSPOLITIK MUSS SICH NICHT ZWANGSLÄUFIG IN EFFEKTIVES GEMEINSAMES AUSSENPOLITISCHES UND MILITÄRISCHES HANDELN ÜBERSETZEN.

EXKURS: VERUNSICHERUNG UND HOFFNUNG DER DEUTSCHEN AUSSENPOLITISCHEN ELITEN

Wie gesehen, fallen die Krise der US-Hegemonie und die Krise der europäischen Integration nicht zufällig zusammen. Sie sind als zwei aufeinander bezogene, ja sich einander bedingende und sich gegenseitig verstärkende Bewegungen zu verstehen, deren reales Ausmaß heute noch nicht vollständig erfasst werden kann. Dies sorgt für tiefe Verunsicherung innerhalb der Machtblöcke der meisten EU-Staaten. Binnen weniger Jahre wandelte sich die Wahrnehmung der eigenen Lage – auch in der politischen Führung. Exemplarisch wird dies in den Reden der deutschen Bundespräsidenten zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz ersichtlich.

Im Februar 2014, wenige Jahre nach dem Höhepunkt der Eurokrise und am Vorabend der Eskalation in der Ukraine, überwog bei Joachim Gauck eine vorsichtig optimistische Einschätzung der gegenwärtigen Situation Deutschlands in der Welt – trotz der Krise Europas und des Multilateralismus. Inmitten dieser Krise befinde sich Deutschland schon im 24. Jahr auf dem Weg von einem Nutznießer der Sicherheit zu einem Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit. Allerdings gelte es, sich noch entschiedener bei der «Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit» einzubringen, «um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, NATO und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen». Wo die USA nicht ständig mehr leisten könnten, müssten «Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich sein». Als Vertreter eines «umfassenden Sicherheitsbegriffes» bekannte sich Gauck zu dem Prinzip der «Schutzverantwortung», wobei auch der Verzicht auf Intervention eine «moralische Herausforderung» darstelle (vgl. Gauck 2014).

Sechs Jahre später, im Februar 2020, war die deutsche Außenpolitik mit der Zuspitzung der seit Langem latenten Krisen konfrontiert: Die trumpsche Außenpolitik verfolgte keine multilaterale transatlantische Politik, der Ukraine-Konflikt ist 2014 militärisch eskaliert, der Brexit war in vollem Gange und die westlichen Staaten sahen sich – im zum Stellvertreterkrieg aufgeladenen – syrischen Bürgerkrieg nicht auf der Seite der Gewinner und unterstützten in Libyen sogar konkurrierende Konfliktparteien. Während die deutschen Rüstungsausgaben seit einigen Jahren erheblich stiegen, agierte die deutsche und europäische Außenpolitik recht glücklos. Dies nötigte zur Reflexion. So ging Joa-

chim Gaucks Amtsnachfolger, der ehemalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier, über die Reflexion der jüngsten Niederlagen hinaus und beschäftigte sich mit dem Niedergang der gesamten – nach 1945 begründeten – internationalen Ordnung.

Das damals begründete System der Vereinten Nationen, die Bretton-Woods-Institutionen (auf denen auch unsere gegenwärtige Handelsordnung noch basiert) sowie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte seien in ernster Gefahr bzw. weit von ihrer Realisierung entfernt. Die Sorge, in das klassische Sicherheitsdilemma zurückzufallen, in dem die Sicherheit des einen die Unsicherheit des anderen ist, durchzieht die gesamte Rede. Nationalismus und eng verstandene nationale Sicherheitsinteressen werden dafür verantwortlich gemacht – dem gegenüber stehen die großen Menschheitsfragen, die auch der größte Staat der Erde nicht allein bewältigen könne (Steinmeier 2020).

Steinmeier benennt die globale Pax Americana als eine der Ursachen für den ökonomischen Aufstieg Europas und Deutschlands, deren Zerfall aber drohe. Derweil seien in der EU wirtschaftliche Divergenz statt Konvergenz und zunehmend ideologische Gräben zu beobachten. Es sei nicht mehr davon auszugehen, «dass die großen Mächte ein Interesse an einer gelingenden europäischen Integration haben». Das gelte auch für die USA. «Europa ist der unabdingbare Rahmen für unsere Selbstbehauptung in der Welt. Europa ist und bleibt 75 Jahre nach dem Ende des Kriegs zugleich die einzige gelungene Antwort auf die Herausforderungen unserer Geschichte und Geografie. Scheitert das europäische Projekt, dann stehen die Lehren der deutschen Geschichte infrage.» (Ebd.)

Während «der Ausbau des europäischen Pfeilers der NATO» unabdingbar sei, sieht Steinmeier eine «verteidigungspolitisch handlungsfähige EU» nicht nur als eine eigenständige Sicherheitsgarantin, sondern sogar als eine Voraussetzung, um die USA in der Allianz halten zu können. Denn das «neue Gravitationszentrum US-amerikanischer Interessen und Herausforderungen liegt in Asien». Mit Blick auf die Interessen der stark transatlantisch ausgerichteten mitteleuropäischen Staaten versteht er die NATO als Voraussetzung für die Einheit der EU, auch wenn sich Europa nicht «mit einer zunehmenden Entfremdung von Russland» abfinden dürfe (ebd.).

Obwohl Steinmeier für einen Ausbau der eigenständigen militärischen Kapazitäten der EU eintritt, hinterfragt er die bisherige westliche und europäische Außenpolitik. Im Kontrast zum Amtsvorgänger Gauck fällt nicht nur eine tiefere Reflexion der internationalen Ordnung und ihrer multiplen Krisenmomente auf, sondern auch die Abkehr von Konzepten wie dem der «Schutzverantwortung», die bislang eine wichtige Rolle dabei spielten, interessengeleitete westliche Militärinterventionen diskursiv und juristisch zu legitimieren. Auch den Begriff «umfassende Sicherheit» ließ Steinmeier stillschweigend fallen und reflektierte stattdessen über die Begrenztheit der eigenen Gestaltungsmöglichkei-

ten, eine implizite Kritik an Militärinterventionen: «Aufgabe kluger Außenpolitik ist es und muss es sein, durch Mut und Tatkraft Kriege zu verhindern, Konflikte zu entschärfen, Leid zu lindern. Ihre Aufgabe ist es auch, die normative Verständigung zum Schutz unserer menschlichen Lebensgrundlagen zu suchen.» Die Erosion der internationalen Ordnung durch weniger Diplomatie und die Aufkündigung von Rüstungskontrollverträgen und internationalen Abkommen lasse sich auch mit Verteidigungsausgaben von zwei Prozent des Bruttosozialprodukts nicht aufhalten. Vielmehr gelte es, Wege «in die allgemeine Respektierung des Völkerrechts» zu finden und «die Sicherheit der anderen in die eigenen Sicherheitsstrategien zu integrieren» (ebd.).

Westliche Handlungskapazitäten werden bei Steinmeier skeptischer, Rüstungskontrolle und internationale Diplomatie höher bewertet, die eigenen Sicherheitsstrategien – wenigstens implizit – daraufhin befragt, ob sie die Sicherheit der anderen berücksichtigt haben. Kurzum: Den Selbstreflexionsprozess deutscher Eliten gilt es permanent im Auge zu behalten, denn zahlreiche friedenspolitische Forderungen, die vor wenigen Jahren noch als Beleg für eine «mangelnde Regierungsfähigkeit» der Partei DIE LINKE herhalten mussten, werden nunmehr selbst vom Bundespräsidenten vertreten und in der Eröffnungsrede der Münchner Sicherheitskonferenz vorgetragen. Schiere Machtverhältnisse einer gewandelten weltpolitischen Konstellation scheinen dazu zu zwingen.

DEN BEGRIFF «UMFASSENDE SICHERHEIT» LIESS STEINMEIER STILLSCHWEIGEND FALLEN UND REFLEKTIERTE STATTDESSEN ÜBER DIE BEGRENZTHEIT DER EIGENEN GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN.

Allerdings ist außer dem allgemeinen Verweis auf zunehmende wirtschaftliche Divergenzen in Steinmeiers Rede kaum ein Wort zur tiefen inneren Krise der EU zu finden. Die Frage, wie sie die außenpolitischen Handlungsfähigkeiten und konzeptionellen Vorstellungen beeinflusst, kann so nicht erörtert werden.

An dieser Stelle werden letztlich die Grenzen der Institution Bundespräsident deutlich: Obwohl auf ihren Schultern keine unmittelbar praktische politische Verantwortung lastet, sind die Bundespräsidenten Teil des herrschenden Blocks und seiner strukturkonservativen Interessen. Sie bewegen sich nur bedingt über den politischen Konsens hinaus. Die Ära Merkel war wesentlich geprägt von einer Verwaltung der Neoliberalismuskrise in Deutschland und der EU im Interesse der führenden transnationalen und deutschen Elitenfraktionen. Trotz der Tiefe der Hegemoniekrise ist dies bislang leidlich gelungen, der Erosionsprozess der Hegemonie wurde verlangsamt, indem die politischen und sozialen Kosten der Bearbeitung ihrer Widersprüche während der Eurokrise an die europäische Peripherie verlagert wurden. Nicht nur das deutsche Exportmodell, sondern auch die Interessen der größten transnationalen Konzerne der EU sowie des Bankensektors konnten so mittels der Politik der Sozialisierung von Verlusten und dem Erhalt des Euro gesichert werden, Letzteres durch umfassende und anhaltende Austeritätspolitiken in zahlreichen Staaten der Eurozone (Becker/Jäger 2012). Diese Politik wollte vor allem eine grundlegende Marktbereinigung verhindern und so bestehende Eigentumstitel retten. Das Krisenmanagement konservierte also die ökonomischen Strukturen in den Zentren. Eine grundlegende Erneuerung des europäischen Kapitalismus war da trotz aller sozialen Verheerungen nicht zu erwarten.

Obwohl die Reden deutscher Bundespräsidenten schon aufgrund ihres Anlasses – der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz – exemplarische Relevanz besitzen, wenn es darum geht, Kontinuitäten und Brüche im außenpolitischen Denken im herrschenden Block zu veranschaulichen, so gehen sie nicht unmittelbar in die praktisch handelnde Exekutive ein. Gerade das erlaubt es ihnen, konzeptionell vorzugreifen, auch um den Preis eines gewissen Maßes an Unverbindlichkeit. Wie positionierte sich nun das für die Formulierung praktischer Politik zuständige Auswärtige Amt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft, die die Bundesrepublik von Juni 2020 an für ein halbes Jahr (als sogenannte Trio-Präsidentschaft mit Portugal und Slowenien)[7] innehatte?

Am 15. November 2019 hatte Außenminister Heiko Maas in seinem Beitrag «Für ein Europa, das stark ist, souverän und sozial» gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland erste Hinweise auf die Ziele der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gegeben. Er erklärte dort, dass er sozialer Kohäsion eine hohe Bedeutung innerhalb

7 Jeder der drei genannten Staaten hat dabei (beginnend mit Deutschland) für jeweils sechs Monate die Präsidentschaft inne, die Regierungen entwickeln dabei ihre Agenda in enger Abstimmung, um so dem Vorsitz mehr Kontinuität zu geben.

der EU beimesse und den «Wettlauf der Sozialstandards nach unten […] durch einen gemeinsamen Rahmen für die soziale Grundsicherung und für Mindestlöhne» stoppen wolle. Dennoch verzichtete er in seinem Beitrag auf eine Analyse der Krise der EU und insbesondere ihres neoliberalen Integrationsmodus sowie des Verhältnisses zwischen innerer Verfasstheit und außenpolitischer Handlungskapazität der EU. Dafür formulierte er Forderungen, etwa nach einer fairen Handelspolitik, nach möglichst engen künftigen Beziehungen zu Großbritannien und nach einer «Stabilisierung des westlichen Balkans durch die Annäherung an die EU». Die östlichen und südlichen Nachbarn sollten bei Reformen unterstützt werden, was eine Fortführung des bisherigen Bias der EU-Nachbarschaftspolitiken indiziert. Zudem müsse man in Europa aufhören, sich nur mit sich selbst zu beschäftigen, mehr in die transatlantische Partnerschaft investieren und bedürfe es eines strategischen Weitblicks gegenüber Ländern wie China (den von ihm in Aussicht gestellte EU-China-Gipfel musste er später wegen der Pandemie absagen). Äußerungen zur Krisendynamik des transatlantischen Verhältnisses oder zu den Kapazitäten und Grenzen der Europäischen Nachbarschaftspolitik sucht man bei Maas vergeblich. Allerdings hebt er hervor, dass Deutschland die Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa intensiviert und mit Frankreich ein Arbeitsprogramm vereinbart habe, das unter anderem einen Europäischen Sicherheitsrat vorsehe, denn Europa müsse außenpolitisch geschlossener und strategischer handeln. Das Wort «autonomer» meidet er dabei. (Maas 2019).

Die Krisenanalyse des Außenministers unterscheidet sich erheblich von der des Bundespräsidenten und gelangt zu anderen Handlungsvorschlägen: «Auch in den Krisen in unserer Nachbarschaft – in Syrien, Libyen oder in der Sahel-Zone – muss die EU schneller und effektiver handeln.» Maas fordert ein «gemeinsames Hauptquartier für sämtliche Einsätze der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU» und ein Kompetenzzentrum für ziviles Krisenmanagement (ebd.). Der Kontrast zur skeptischen Rede Steinmeiers belegt, dass die grundlegenden inneren und äußeren Bedingungen für ein rasches und effektives Handeln der EU in ihrer Nachbarschaft im Vorfeld der deutschen EU-Ratspräsidentschaft innerhalb der deutschen Eliten kontrovers eingeschätzt wurden.[8]

Maas behandelt das transatlantische Verhältnis nur oberflächlich, das europäisch-russische Verhältnis gar nicht. In Bezug auf China fordert er eine europäische Industriepolitik, um eine höhere technologische Unabhängigkeit zu erreichen. Dieser wettbewerbskorporatistische Akzent, der auch der PESCO zu eigen ist, kann als Voraussetzung betrachtet werden, um die weitere Vergemeinschaftung der europäischen Sicherheitspolitik materiell zu fundieren – allerdings komplementär zur NATO. Insgesamt äußerte der amtierende Außenminister im US-Wahljahr ein deut-

8 In seinen Reden während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft machte Maas zudem deutlich, dass in Krisen dauerhafte Lösungen nicht allein mit militärischen Mitteln zu erreichen seien – womit er den Akzent zumindest implizit stärker auf das Militärische legte; vgl. Dellheim/Zimmer 2021: 5.

lich transatlantischer geprägtes Verständnis deutscher Außenpolitik. Die Monate bis zum Ausgang der US-Wahlen wurden überbrückt, unglückliche Festlegungen vermieden, um auf das Worst-Case-Szenario einer zweiten Trump-Präsidentschaft vorbereitet zu sein. Dazu kam es nicht.

Die Wahlen gewann der Demokrat Joseph Biden. Die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer reagierte darauf mit einer Grundsatzrede am 17. November 2020 an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr. Sie zeigte sich erleichtert über den Wahlausgang und sah die Chance gekommen, die transatlantische Zusammenarbeit (wieder) zu intensivieren. In anderen Worten: Sie möchte jene Tendenzen, die während der Jahre der Trump-Administration in Richtung einer Autonomie Europas drängten, (wieder) begrenzen und sich so (unausgesprochen) dem transatlantischen Grundkonsens (wieder) annähern. Für sie gibt es eine globale Systemkonkurrenz. Die westlichen, offenen Gesellschaften und deren Institutionen würden von auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und militärischem Expansionskurs befindlichen globalen Konkurrenten herausgefordert, die daran arbeiteten, «das Völkerrecht umzuschreiben und zu entstellen». Noch verunsichert über die Politik der Trump-Administration, fragte sie: «Wie verlässlich sind die Vereinigten Staaten von Amerika? Nehmen wir in Europa dieselben Bedrohungen wahr? […] Wie entschlossen ist Deutschland selbst? Können wir Europäer uns aufeinander verlassen, wenn es darauf ankommt?» (Kramp-Karrenbauer 2020)

Staatliches Handeln insgesamt will die Ministerin verstärkt einer versicherheitlichten Logik unterwerfen, wie der Begriff «ein vernetztes Politikverständnis» indiziert. Den geografischen Bezugsrahmen dieser Politik dehnt sie angesichts bedrohter Lieferketten bis in den indopazifischen Raum hinein aus. Hier überlappt sich ihre Vision deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik mit der von den USA postulierten Verschiebung des globalen Zentrums nach Ostasien. Für Kramp-Karrenbauer bleiben die USA aufgrund ihrer nuklearen und konventionellen Kapazitäten auf absehbare Zeit wichtigste Verbündete, ohne die sich Deutschland und Europa nicht schützen könnten. Sie hoffe, dass die USA weiterhin an deren Verteidigung interessiert seien, auch wenn sie ihren Fokus nach Asien verlegten. Deutschland müsse seine eigene Sicherheit ernst nehmen, damit die USA dies auch täten (vgl. ebd.). Vor dem Hintergrund der Verschiebung des geografischen Weltzentrums sei gegenseitige Loyalität im Bündnis gefragt. Wenn Europa seinen Teil nicht beitrage, stehe es in der Auseinandersetzung mit Russland allein dar. Eine wachsende Autonomie Europas ist folglich nur komplementär zu US-amerikanischen Interessen denkbar, eine – von Frankreich angedachte – strategische Autonomie kann es nicht geben, würde vom transatlantischen Lager innerhalb der EU auch nicht mitgetragen und liefe Gefahr die eigenen europäischen Ressourcen zu überdehnen. Da es ihr gleichwohl darum geht, «auch eigenständig als Europäer handeln zu können, wo es in unserem gemeinsamen Interesse liegt», sollten die Europäer der Biden-Administra-

tion einen New Deal vorlegen, zu dem die Stärkung des Verteidigungshaushalts und das Bekenntnis Deutschlands zur nuklearen Teilhabe in der NATO gehören. Ebenso strebt sie eine gemeinsame Agenda Europas und der USA «beim Thema China dort, wo es mit unseren Interessen vereinbar ist», mit hoher Priorität an (ebd.).

Die strukturelle Schwäche der EU, eine gemeinsame Sicherheitspolitik zu formulieren, verdeutlicht die Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft auf diesem Feld, die zwar betont, Ergebnisse für ein geschlossenes EU-Außenhandeln und eine «stärkere geopolitische Rolle der EU» erzielt zu haben (Auswärtiges Amt 2020: 14), aber jede Formulierung vermeidet, die auf eine unabhängigere europäische Außenpolitik hindeutet. Mit der beschlossenen Möglichkeit, dass sich Drittstaaten an der Rüstungszusammenarbeit im Rahmen der PESCO beteiligen können, hat man versucht, Großbritannien auch jenseits der NATO weiterhin sicherheitspolitisch in die EU einzubinden. Eine Teilnahme der USA ist ebenso möglich, wie die Norwegens und Kanadas (vgl. ebd.: 15). Auch das PESCO-Projekt European Medical Command (EMC) soll eng an die NATO angebunden sein (vgl. ebd.: 5). Insgesamt war das Auswärtige Amt bemüht, die deutsche Ratspräsidentschaft so transatlantisch wie unter den Bedingungen der damaligen Trump-Administration möglich zu gestalten.

INSGESAMT WAR DAS AUSWÄRTIGE AMT BEMÜHT, DIE DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT SO TRANSATLANTISCH WIE UNTER DEN BEDINGUNGEN DER DAMALIGEN TRUMP-ADMINISTRATION MÖGLICH ZU GESTALTEN.

Inzwischen liegt eine erste «Bedrohungsanalyse» der EU vor, die das zentrale Grundlagendokument für die Entwicklung

des «Strategischen Kompasses» werden soll. Allerdings ist es zurzeit als «EU Secret» eingestuft und soll erst 2022 unter der französischen Ratspräsidentschaft finalisiert werden (vgl. Dellheim/Zimmer 2021: 4). Die Vertraulichkeit der zugrunde liegenden Analyse ist einerseits problematisch für oppositionelle Akteure, die ebenfalls Interesse an der Formulierung von Außenpolitik haben, andererseits deutet sie darauf hin, dass es unter den Regierungen der Mitgliedsstaaten unterschiedliche Auffassungen über die Definition der Bedrohungen gibt.

Die Beziehungen zwischen der EU und China werden nach wie vor vorrangig unter ökonomischen Aspekten betrachtet, wie etwa dem Marktzugang für EU-Unternehmen. Eine «Neuausrichtung der EU-Handelspolitik» wird an der traditionell freihandelsbetonten Orientierung der EU auch unter den veränderten globalpolitischen Umständen, bei möglichst kleinen Adaptionen, und an der «Diversifizierung von Handelsbeziehungen» (Auswärtiges Amt 2020) festhalten. Die Frage des Nationalen Sicherheitsgesetzes in Honkong und der Aufnahme einer Strategischen Partnerschaft mit der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) sind als Hinweise auf die wachsende Systemkonkurrenz zwischen der EU und China zu lesen.

Insgesamt hat sich die deutsche EU-Ratspräsidentschaft um eine möglichst transatlantisch ausgerichtete europäische Außenpolitik bemüht und bei dem Projekt des strategischen Kompasses wird sich erst im Laufe der weiteren Beratungen zwischen den Mitgliedsländern zeigen, ob er die von Kramp-Karrenbauer (2020) angekündigte «klare sicherheitspolitische Ausrichtung» haben wird. Für die Bundesregierung bleibt die NATO der zentrale Rahmen; Kritik an den Kosten eines größeren Engagements in der NATO begegnet Kramp-Karrenbauer mit dem Argument, eine strategische Autonomie falle weit teurer aus als die im Rahmen der NATO geforderten zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung.

Hier deutet sich eine diskursive Strategie an, die in den kommenden Jahren eine erheblich größere Schlagkraft entfalten könnte: Im Kontext der Krise der EU, die ihre außenpolitischen Kapazitäten nicht un-

DIE KRISE DER EU LÄSST IHRE AUSSENPOLITISCHEN KAPAZITÄTEN NICHT UNBERÜHRT.

berührt lässt, wird Aufrüstung im Zusammenhang der NATO bzw. komplementär zu ihr als die kostengünstigere und moderatere Alternative zu einer eigenständigeren EU präsentiert. Während der Jahre der Trump-Administration konnte diese Argumentation weniger verfangen, auch insofern in der Öffentlichkeit Zweifel an der Bündnistreue der USA unter Trump bestanden. Der Wechsel der US-Administration wird diskursiv die transatlantisch ausgerichteten Kräfte stärken und europäische Rüstungsinitiativen werden nunmehr zusehends transatlantisch gerahmt werden.

Bereits vor dem offiziellen Regierungswechsel zeichnete sich ab, dass mit der Abwahl Trumps die de facto vorhandenen Deinstitutionalisierungstendenzen der transatlantischen Ordnung vorerst gestoppt würden. Allerdings gibt es über die Administrationen hinweg erhebliche Kontinuitäten in der US-Außenpolitik. Sie sind bei den Schlussfolgerungen für eine alternative europäische Außenpolitik zu berücksichtigen, insofern die EU sich als Gemeinschaft noch immer wesentlich auf den Schultern der transatlantischen Ordnung konstituiert.

TRANSATLANTISCHE POLITIK IN DER WELT NACH TRUMP

Infolge eines seit Jahrzehnten schrumpfenden Anteils der USA am Weltbruttosozialprodukt sowie einer Verlagerung wichtiger Schlüsselindustrien und Produktionsketten nach Übersee haben die Fähigkeiten der USA abgenommen, im globalen Maßstab Hegemonie organisieren zu können. Dennoch haben wir in den letzten Jahren kein Decline-Management gesehen, sondern den Versuch, die US-Hegemonie aufrechtzuerhalten. Dieses Bestreben kann bei allen US-Präsidenten der jüngeren Vergangenheit beobachtet werden, auch wenn die Methoden variierten.

Bereits die Regierung unter George W. Bush Jr. betrachtete es als Ziel, auch das 21. Jahrhundert zu einem US-amerikanischen zu machen und nahm dafür wie zuvor Clinton den pazifischen Raum stärker in den Blick. Im Bewusstsein der vermeintlichen eigenen Stärke wurde das unilaterale Moment der US-Außenpolitik stärker gewichtet als das multilaterale – dies ebnete auch den Weg zur Invasion in den Irak. Ein Generalangriff auf die jahrzehntealten Institutionen der US-Hegemonie an sich fand unter George W. Bush nicht statt. Die Obama-Administration hat ab 2008 die globalen Kräfteverhältnisse pessimistischer wahrgenommen und deshalb das multilaterale Moment der US-Außenpolitik hervorgehoben, um die hegemoniepolitischen Kapazitäten der USA zu erweitern und so zu stabilisieren. Eine unausgesprochene Annahme des «America First» der Trump-Administration hingegen ging davon aus, dass zu ausgeprägte hegemoniepolitische Zugeständnisse und eine auf Multilateralismus basierende Außen- und Handelspolitik die Kapazitäten der USA überfordern würde.[9] Es war weniger Isolationismus an sich als vielmehr ein Angriff auf etablierte multilaterale Strukturen, was die US-Außenpolitik gerade auch gegenüber Europa auszeichnete. Dieser Bruch mit etablierten Formen und Strukturen knüpfte allerdings an die sich seit Dekaden vollziehende Reorientierung der US-Außenpolitik Richtung des asiatisch-pazifischen Raums und jüngeren Bemühungen zur Eindämmung Chinas an (vgl. Solty 2020: 5). Letzteres ist ein Moment der Kontinuität und findet sich bei der Bush-, der Obama-, der Trump- und auch der Biden-Administration.

Trotz einer sichtbaren Krise und externen Herausforderungen der US-Hegemonie sehen die verschiedenen US-Regierungen

9 Im offiziellen Diskurs der Trump-Administration wurden zurückliegende Zugeständnisse in der Handelspolitik ursächlich für die Krise der USA dargestellt, womit Zweifel an den eigenen Handlungskapazitäten in den Hintergrund rückten.

NÜCHTERN KONSTATIERTEN ALLE BETEILIGTEN, DASS EINE RESTAURATION DER TRANSATLANTISCHEN ORDNUNG NACH JAHREN DER TRUMP-ADMINISTRATION UND DEN VERÄNDERUNGEN IM WELTSYSTEM KEINE BLOSSE RÜCKKEHR ZUM ALTEN STATUS QUO SEIN KANN. DIESE EINSICHT WURDE VOR ALLEM VON US-PRÄSIDENT BIDEN STRATEGISCH BEMÜHT.

seit Obama ihre Aufgabe nicht in einem Decline-Management, sondern darin, die Hegemonie der USA unter geschwundenen Machtressourcen zu verteidigen. Im Gegensatz zur Trump-Administration ist sich die Biden-Administration jener wechselseitigen Abhängigkeit sehr wohl bewusst, die überhaupt erst den euroatlantischen Raum als Kern der westlichen Welt konstituiert. Die globalpolitische Konkurrenz mit China und das sich andeutende Projekt der Biden-Administration, «to restore dignified leadership at home and respected leadership on the world stage» (Biden 2020), können auf eine Erweiterung der eigenen Machtressourcen kaum verzichten. «Joe Biden believes that economic security is national security. That is why, as president, Biden will pursue a foreign policy for the middle class. To win the competition for the future against China or anyone else, we must sharpen our innovative edge and unite the economic might of democracies around the world to counter abusive economic practices.» (Ebd.)

Früh zeichnete sich ab, dass sich die US-Außenpolitik ihrer Form nach am traditionellen Konsensus der US-Außenpolitik orientieren, aber die nach Trump veränderte Ausganslage als Basis nehmen würde (vgl. Wright 2020). In anderen Worten: eine Politik wie jene der Obama-Administration, aber nicht die Politik der Obama-Administration. Eine Außenpolitik, die auf eine dialogische Einbindung der EU setzt und dazu ein höheres Maß an transatlantischer Loyalität signalisiert, aber dafür ihrerseits eine stärkere europäische Mitwirkung an zentralen Projekten der US-Außenpolitik einfordert.

Wie die zitierte Rede der deutschen Verteidigungsministerin zeigt, antizipierte die deutsche Außenpolitik im Spätherbst 2020 die konzeptionelle Stoßrichtung der US-Politik, die sich in den letzten Monaten weiter verfestigt hat. So zeigten sich auf der jüngsten Münchner Sicherheitskonferenz – die coronabedingt im Kurzformat abgehalten wurde – die hohen Erwartungen wie auch die Widersprüche. Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten waren dieses Mal Akteure nicht westlicher Staaten nicht zu Gast. Anknüpfend an das Motto der Tagung von 2020 «Westlessness» ging es nun um «Beyond Westlessness», also darum, auf der normativen Ebene den Westen konzeptionell durch verstärke Zusammenarbeit und Abstimmungen über die großen Herausforderungen – etwa die (weit gefasste) Verteidigung westlicher Demokratien, der Klimawandel und die Bekämpfung der Corona-Pandemie – wiederherzustellen (vgl. Bunde 2021: 5). Während sich alle Anwesenden über eine Restauration des Westens im Grundsatz einig waren, offenbarten sich auf der konkreten Ebene zumindest implizit Unterschiede, was darunter zu verstehen ist, und vor allem, wie und mit welchem Einsatz das von wem zu erreichen ist. Nüchtern konstatierten alle Beteiligten, dass eine Restauration der transatlantischen Ordnung nach Jahren der Trump-Administration und den Veränderungen im Weltsystem keine bloße Rückkehr zum alten Status quo sein könne. Diese Einsicht wurde vor allem von US-Präsident Biden strategisch bemüht, um von den Staaten der EU mehr Engagement bei den globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen, das heißt für die US-Außenpolitik einzufordern, die die strategischen Herausforderungen primär in der hegemoniepolitischen Konkurrenz mit Russland und China sieht. Dadurch wächst der Druck auf die EU-Staaten, nicht nur eine einheitlichere Außenpolitik zu formulieren und selbst konkrete Vorschläge zur Wiederbelebung der transatlantischen Partnerschaft zu unterbreiten. Vielmehr reicht der Erwartungshorizont bis hin zur Formulierung einer «joint Western grand strategy», was sich in den Worten «America is back, but where is Europe?» verdichtet (vgl. ebd.: 15). In diesem Kontext betonte Bundeskanzlerin Merkel, dass die transatlantischen Partner mit neuen Wellen von nationalistischen und populistischen Kräften konfrontiert würden, wenn sie sich nicht den neuen Anforderungen stellten und die Partnerschaft zum Laufen brächten (vgl. ebd.: 16).

Die Klage über zu geringe Beiträge Europas zur transatlantischen Partnerschaft wird inzwischen gebetsmühlenartig vorgebracht; dies gilt sowohl quantitativ im Sinne des Verfehlens des Zwei-Prozent-Ziels für die NATO als auch in Bezug auf die mangelnde Einigkeit der europäischen Akteure in der Formulierung europäischer außenpolitischer Interessen. Wie allerdings der Argumentationsgang dieser Studie gezeigt hat, können selbst die Herrschenden eine europäische Einheit in der Außenpolitik nur bedingt durch normative Appelle herstellen, wenn sie die strukturellen Grenzen der wettbewerbsstaatlichen europäischen Integrationsweise außer Acht lassen. Diese Erkenntnis gilt es in den Schlussfolgerungen noch einmal aufzugreifen und friedenspolitisch zu pointieren.

SCHLUSS: AUSSENPOLITIK OHNE TRANSFORMATION DER INTEGRATIONSWEISE?

In den letzten Jahren hatte sich mit dem Angriff der Trump-Administration auf die multilateralen Strukturen der Weltordnung die Krise der EU verschärft, denn sie selbst hatte sich historisch komplementär zur auf Multilateralismus basierenden US-Hegemonie etabliert. Die Rückkehr zu einer (zumindest gegenüber den Verbündeten) stärker multilateral ausgerichteten US-Außenpolitik entspannt daher nicht nur das Feld der transatlantischen Beziehungen an sich zumindest zeitweilig, sondern reduziert indirekt auch den Druck auf die EU. Daraus dürfte sich in der deutschen Außenpolitik eine erhebliche Bereitschaft speisen, mit den USA bei für sie zentralen Projekten, wie zum Beispiel der Konkurrenz mit China, zu kooperieren und auch den Ausbau der eigenen Rüstungsausgaben im Rahmen der NATO weiter voranzutreiben. Doch, wie oben ausgeführt, entspringen außenpolitische Interessen nicht allein der äußeren Bedingungskonstellation von Staatlichkeit, sondern auch der eigenen Staatslogik. Insofern die EU jedoch weder ein Staat noch ein unverbundenes Konglomerat von Einzelstaaten ist, ist der Schlüssel zum Verständnis ihrer Außenpolitik die Analyse der sie prägenden Integrationsweise. Die Form und Tragweite der außenpolitischen Integrationsschritte sowie ihre inhaltliche Ausrichtung korrespondieren mit der Integrationsweise der EU und deren inneren wie äußeren Widersprüchen.

Die seit den 1990er Jahren entwickelten Nachbarschaftspolitiken der EU sind wesentlich von dem Bestreben gekennzeichnet gewesen, zentrale Elemente der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise der Union auf die Beziehungen mit ihren Nachbarstaaten zu übertragen. Hier schien die EU ihr ganzes ökonomisches Gewicht ausspielen zu können. Nicht nur ist die EU im Weltmaßstab einer der größten ökonomischen Player, sondern ihre eigene Integration ist auf diesem Feld qualitativ am stärksten ausgeprägt. Ihre realen militärischen Kapazitäten bilden nicht ihr ökonomisches Gewicht in der Welt ab – dieser Gedanke stand auch hinter den Bestrebungen, die EU zu einem eigenständigeren geopolitischen Akteur zu machen.

Allerdings beruht die ökonomische Stärke der EU nicht nur auf ihrer schieren Marktgröße, sondern auch auf der inneren Differenzierung dieses Markts in Regionen mit unterschiedlichen Produktivitätsniveaus, technologischen Entwicklungsständen, Lebensstandards etc., die den führenden

Konzernen eine optimale Nutzung komparativer Wettbewerbsvorteile innerhalb eines Markts erlaubt. Damit einher gehen jedoch erhebliche Differenzen zwischen den Handels-, Kapital- und Leistungsbilanzen sowie große Unterschiede hinsichtlich Verschuldung, Arbeitslosigkeit und Lebensstandard in den einzelnen Regionen und Nationalstaaten der Union. Der offenkundige und breit diskutierte Gegensatz zwischen europäischem Zentrum und europäischer Peripherie hat insbesondere seit der Eurokrise den Prozess der europäischen Integration in eine tiefe Krise gestürzt. Spätestens seit der Griechenlandkrise ist die Revision einzelner Integrationsschritte denkbar geworden und hat weltpolitische Ambitionen in den Hintergrund rücken lassen. Allerdings bilden nicht nur das ausgeprägte Zentrum-Peripherie-Verhältnis und die aus ihm entspringenden Krisenprozesse ein Hindernis für die EU, im globalpolitischen Maßstab einheitlicher agieren zu können. Die neoliberal-wettbewerbsstaatliche Integrationsweise der EU setzt einer weiteren Vertiefung der EU inhärente Grenzen, und die Konkurrenz der nationalen Wettbewerbsstaaten untereinander trägt erheblich dazu bei, das nationalstaatliche Interessendivergenzen fortbestehen, wenn es um die Formulierung einer einheitlichen EU-Außen- und Sicherheitspolitik geht. Denn die in der Union nicht nur miteinander verbundenen, sondern konkurrierenden EU-Staaten sind ökonomisch höchst unterschiedlich mit außereuropäischen Regionen verbunden, weisen unterschiedliche Export- und Importstrukturen auf, haben unterschiedliche ausländische Märkte und sind in der internationalen Arbeitsteilung unterschiedlich positioniert – all dies wirkt sich strukturell auf ihre geo- und außenpolitischen Staatslogiken aus.

Allerdings deuten die bereits bestehende europäische militärische Zusammenarbeit und namentlich die PESCO darauf hin, dass die EU den Gedanken an eine längerfristige militärische Komponente und eine stärkere Unabhängigkeit nicht aufgegeben hat. Sie bleiben als Optionen präsent. Zudem ist das Bestreben nach einer stärkeren außenpolitischen Unabhängigkeit der Union in ihren Mitgliedsstaaten unterschiedlich ausgeprägt, in Frankreich zum Beispiel deutlich stärker als in Deutschland. Insofern sind Initiativen wie die PESCO letztlich Kompromisse, die das politische Kräfteverhältnis zwischen den Akteuren und dem sich daraus ergebenden gemeinsamen Nenner zwischen den widerstreitenden Positionen abbilden. Da die PESCO im Wesentlichen eine (rüstungs-)industriepolitische Initiative darstellt, kann sie sowohl in den Dienst einer stärker unabhängigen als auch einer stärker transatlantisch ausgerichteten EU gestellt werden und dürfte daher auf absehbare Zeit nicht zum Opfer von Richtungskämpfen beider Lager werden. Aufgrund der fortbestehenden Schwäche der EU auf den klassischen Feldern der Militär- und Sicherheitspolitik, die weiterhin primär von der NATO determiniert werden, bleibt daher die kritische Auseinandersetzung mit der PESCO eine entscheidende friedenspolitische Aufgabe, wenn es um die Rolle der EU geht. Dazu gilt es, friedenspolitische Forderungen in einem noch stärkeren Maße als bisher mit ökonomischen Forderungen zu verbinden. Es ist gerade

im Kontext der Corona-Krise sinnvoll, das Zwei-Prozent-Ziel der NATO-Staaten infrage zu stellen und die PESCO zu kritisieren. Doch zugleich ist die industriepolitische Perspektive mitzubedenken: Wo im Kontext der neoliberalen Integrationsweise der EU die Möglichkeiten einer gemeinsamen Industriepolitik nur eingeschränkt gegeben sind, können Initiativen wie die PESCO als Blaupausen für eine neue Industriepolitik instrumentalisiert werden. Allerdings ist es zum jetzigen Zeitpunkt zu früh, um von einer irreversiblen Wende hin zu einer aktiven postneoliberalen Industriepolitik auszugehen oder gar zu behaupten, der Rüstungssektor würde hier bereits absehbar zum neuen Leitsektor auserkoren.

ANSTATT DIE AUSSENPOLITIK UNVERBUNDEN VON IHRER GESELLSCHAFTLICHEN BEDINGTHEIT ZU BETRACHTEN, SOLLTEN ANALYTISCH WIE EMANZIPATORISCH ANDERE FRAGEN GESTELLT WERDEN.

Neoliberalimusimmanent gibt es relativ wenige Felder, die für eine aktive Industriepolitik überhaupt infrage kommen. Historisch haben sich sicherheitspolitische Argumentationen wiederholt als wirkmächtig erwiesen, wo kapitalistische Profitlogiken unmittelbar außer Kraft zu setzen und aktive Industriepolitiken zu forcieren waren. Gegenwärtig ist es aber nicht die Rüstung, sondern sind es primär Fragen der Regulierung der ökologischen Krise sowie der Konkurrenz mit China und den USA sowie Herausforderungen im Bereich des Digitalen und der «Industrie 4.0», die sich als Triebkräfte hin zu einem Revival von Industriepolitik erwiesen haben. Doch auch hier schwingt das Momentum geopolitischer Konkurrenz mindestens implizit mit. Wer also nicht möchte, dass ausgerechnet die PESCO zu einem Kondensationskeim einer postneoliberalen europäischen Industriepolitik avanciert, wenn geopolitische Logiken ein stärkeres Gewicht erhalten, braucht möglichst frühzeitig eine konkrete Vision einer eigenen alternativen postneoliberalen Industriepolitik. Letztere müsste im Rahmen einer grundlegenden sozialökologischen Transformationsstrategie auch immer ihre ungewollten geopolitischen Implikationen mitbedenken. Eine solche Strategie müsste zudem einen Mechanismus entwickeln, der das EU-interne Zentrum-Peripherie-Verhältnis kurzfristig durch starke Ausgleichs- und Transfermechanismen abmildert und langfristig das ökonomische Gefälle zwischen beiden egalisiert. Diese innere Stabilisie-

rung der EU setzt aber nicht nur voraus, die Hegemonialansprüche der führenden Staaten der EU gegenüber ihrer inneren Peripherie zu hinterfragen, sondern erfordert vielmehr noch eine Überwindung der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise der EU, die in ihrem Kern auf der unionsinternen Konkurrenz der nationalen Wettbewerbsstaaten miteinander basiert. Eine emanzipatorische Transformation der Integrationsweise der EU würde auch auf die Nachbarschaftspolitiken der EU ausstrahlen, sie könnten dann kaum mehr vom disziplinär-neoliberalen Paradigma geleitet werden.

Es gilt als zentrale Konklusion festzuhalten: Anstatt die Außenpolitik unverbunden von ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit zu betrachten, sie geradezu selbstreferenziell in den Fokus zu setzen, sollten analytisch wie emanzipatorisch andere Fragen gestellt werden. In welcher Integrationsweise wäre eine friedenspolitisch emanzipatorische europäische Außenpolitik möglich? Welche Konturen müsste eine solche Integrationsweise haben, damit eine europäische Außenpolitik überhaupt bzw. eine andere Außenpolitik möglich ist?

Es mag auf höchster Abstraktionsebene nicht falsch sein zu begrüßen, wenn sich die EU als politische Akteurin mit eigenständigen Interessen, Zielen und Werten verstünde (vgl. Höhn 2021). Doch die konkreten Fragen nach dem Integrationsmodus der EU und nach der Gestalt und Stoßrichtung ihrer Einbindung in die transatlantische Ordnung bedürften der hinreichenden Klärung. Und abhängig von dieser Klärung hätte die Antwort auszufallen. Ist es daher zielführend, sich heute von europäischen Streitkräften erhebliche Einspar- und Abrüstungspotenziale zu erhoffen (vgl. ebd.)? Auch die Forderung nach einer Republik Europa, oder bescheidener: nach weiteren Integrationsschritten, um Kriege zwischen ihren Staaten vollends zu verunmöglichen, bleibt zumindest so lange ein rein normatives Postulat, wie nicht die Frage nach der Integrationsweise gestellt wird, der die konkrete Staatslogik der EU entspringt. Wenn «der Ruf nach einer größeren strategischen Unabhängigkeit der EU von den Vereinigten Staaten eine tiefere Verständigung innerhalb der EU über sicherheitspolitische Aspekte unumgänglich» (ebd.) macht, dann drängt sich die Frage der Integrationsweise in besonderem Maße auf.

Ebenso lässt der reale geopolitische Kontext und vor allem seine Wahrnehmung durch führende außenpolitische Elitenakteure (siehe Exkurs) es fraglich erscheinen, ob eine europäische Armee wirklich mit Abrüstungsschritten einherginge, bloß weil es Synergieeffekte bei der Fusion nationaler Streitkräfte gäbe. Zudem ist Rüstung keine rein quantitative Frage. Europäische Streitkräfte würden sehr wahrscheinlich komplementär zur US-amerikanisch-chinesischen Konkurrenz ausgerichtet – anderenfalls würden die stärker transatlantisch orientierten Mitgliedsstaaten dem Vorhaben nicht zustimmen; und selbst im Falle einer größeren strategischen Autonomie Europas stünden sie im Dienste einer EU, deren gegenwärtige Integrationsweise und die daraus fol-

gende Staatslogik sie nicht dafür prädestinieren, eine glaubhafte friedenspolitische Akteurin zu sein: Die freihandelspolitische Nutzung der Unterschiede in den Produktivitätsniveaus der verschiedenen Volkswirtschaften in ihrer Nachbarschaft und auf dem Weltmarkt mag für die EU-Staaten von unmittelbarem ökonomischen Vorteil sein, doch sie stellt wesentlich eine Übernutzung eigener Wettbewerbsvorteile dar und destabilisiert so die sozialen und politischen Beziehungen ihrer Handelspartner. Zudem liegen die eigentlichen Herausforderungen für die EU anderswo: Die wettbewerbsstaatliche Integrationsweise verstärkt Wettbewerb gerade auch im Inneren zwischen den ungleichen Mitgliedsstaaten. Sie befördert zuweilen auch Desintegrationstendenzen innerhalb der Union, wie das Beispiel Großbritannien zeigt, das nun mit dem Austritt aus der EU als Nationalstaat, angelehnt an die USA, eine komplementäre und zugleich aktivere Rolle nicht zuletzt in der pazifischen Konkurrenz sucht (vgl. HM Government 2021).

Dennoch: Die gescheiterten EU-Nachbarschaftspolitiken und die zu Stellvertreterkriegen eskalierten Konflikte in der mediterranen Nachbarschaft der EU lassen es im Grunde nicht zu, eine veränderte EU-Außenpolitik erst von einer Transformation der Integrationsweise der EU abhängig zu machen. In jenen Regionen, in denen sie Interessen verfolgt, sollte sie sowohl mit lokalen als auch mit auswärtigen Akteuren, die dort ebenfalls ihre Interessen verfolgen, feste Dialogstrukturen etablieren. Im Falle von Krisen sind sie nicht einzufrieren, auch nicht im Falle Russlands. Außen- und sicherheitspolitische Fragen sind immer auch aus den Augen der anderen zu betrachten, dies hilft sowohl bei der Antizipation als auch bei der Bearbeitung von Krisen. Eine linke europäische Außenpolitik sollte ganz grundsätzlich das im globalen Maßstab begrenzte militärische Potenzial der EU zur Kenntnis nehmen und daraus den normativ-realpolitischen Anspruch entwickeln, in seiner Nachbarschaft auf Interessenausgleich und Dialog hinzuwirken, ohne dabei den Anspruch zu verfolgen, die angrenzenden Staaten, namentlich ihre Staatszivilgesellschaftsblöcke nach eigenen Vorstellungen durchformen zu wollen. Dem sind ohnehin erhebliche realpolitische Grenzen gesetzt, insofern die EU vor allem mit ihrer inneren Krise und der unklaren Zukunft ihrer Integrationsweise zu kämpfen hat. Es stellt sich folglich ausblickend die Frage, inwieweit für den euromediterranen Raum anstelle der gescheiterten EU-Nachbarschaftspolitiken und der konkurrierenden einzelstaatlichen Politiken ihrer Mitgliedsländer ein an die Erfahrungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) angelehnter Prozess denkbar wäre. Dies entspräche den realen Handlungskapazitäten der EU und böte einen zivilen Rahmen, um zumindest lokale und regionale Konflikte in der Region rechtzeitig einzuhegen, ehe sie zu Stellvertreterkonflikten eskalieren, in denen die EU von größeren konkurrierenden Mächten ohnehin schnell in eine randständige Position gedrängt wird.

LITERATUR

Auswärtiges Amt (2020): Gemeinsam. Europa wieder stark machen. Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft – 1. Juli bis 31. Dezember 2020, Berlin.

Becker, Joachim/Jäger, Johannes (2009): Die EU und die große Krise, in: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 157, S. 541–558, unter: https://doi.org/10.32387/prokla.v39i157.410.

Becker, Joachim (2020): Selektiver Wirtschaftsnationalismus und Klassenprojekte: Fidesz und PiS im Vergleich, in: Book, Carina/Huke, Nikolai/Tiedemann, Norma/Tietje, Olaf (Hrsg.): Autoritärer Populismus, Münster, S. 150–164.

Becker, Joachim/Jäger, Johannes (2012): Integration in Crisis: A Regulationist Perspective on the Interaction of European Varieties of Capitalism, in: competition and change 3/2012, S. 169–187.

Biden, Joseph (2020): The Power of America's Example: The Biden Plan For Leading The Democratic World To Meet The Challenges Of The 21st Century, unter: https://joebiden.com/americanleadership/.

Bieling, Hans-Jürgen (2010): Die Globalisierungs-Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden.

Bieling, Hans-Jürgen (2011): Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU, in: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 163, S. 173–194, unter: https://doi.org/10.32387/prokla.v41i163.348.

Bunde, Tobias (2021): Beyond Westlessness – A Readout From the Munich Security Conference Special Edition 2021, Munich Security Brief February 2021, München.

Daher, Joseph (2018): The political economic context of Syria's reconstruction: a prospective in light of a legacy of unequal development, European University Institute/Robert Schuman Center for Advanced Studies, Fiesole.

Dellheim, Judith/Zimmer, Gabi (2021): Deutscher EU-Ratsvorsitz 2020 – eine spezifisch-kritische Reflektion, unter: https://ifg.rosalux.de/files/2021/02/Bilanz-Ratspraesidentschaft-finkorr.pdf.

Eder, Julia/Schneider, Etienne (2020): Umkämpfte Industriepolitik – Zwischen Geopolitik, grüner Wende, Digitalisierung und Corona, in: Kurwechsel 4/2020, S. 3–12.

Europäische Union/Europäische Atomgemeinschaft/Ukraine (2014): Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits, in: L 161/4 Amtsblatt der Europäischen Union 29.5.2014, unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A22014A0529%2801%29.

Europäischer Rat (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, 12.12.2003, Brüssel.

Gauck, Joachim (2014): «Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen», Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, 31.1.2014.

Gehring, Axel (2010): EU-Erweiterung als transatlantische Angelegenheit. Zu den Dynamiken der EU-Türkei- Beziehungen, in: FEI – Forschungsgruppe Europäische Integration (Hrsg.): Die Außenbeziehungen der Europäischen Union. Hegemonialer Anspruch und umkämpfte Wirklichkeit, Marburg, S. 125–156.

Gehring, Axel (2019): Vom Mythos des starken Staates und der europäischen Integration der Türkei. Über eine Ökonomie an der Peripherie des euro-atlantischen Raumes, Wiesbaden.

Gehring, Axel (2020a): Der Stellvertreterkrieg in Syrien und die Eskalation in Idlib, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, März 2020, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/der-stellvertreterkrieg-in-syrien-und-die-eskalation-in-idlib/.

Gehring, Axel (2020b): Krise des autoritären Populismus in der Türkei, in: Book, Carina/Huke, Nikolai/Tiedemann, Norma/Tietje, Olaf (Hrsg.): Autoritärer Populismus, Münster, S. 40–53.

Gill, Stephen (2000): Theoretical Foundations of Neo-Gramscian Analysis of European Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.): Dimensions of a Critical Theory of European Integration, Marburg, S. 15–32.

Helleiner, Eric (1994): States and the Reemergence of Global Finance. From Bretton Woods to the 1990s, Ithaca/London.

HM Government (2021): Global Britain in a competitive age. The Integrated Review of Security, Defence, Development and Foreign Policy, London.

Hobsbawm, Eric (1998): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München.

Höhn, Matthias (2021): Linke Sicherheitspolitik. Ein Diskussionsangebot, 19.1.2021, unter: www.matthias-hoehn.de/themen/linke-sicherheitspolitik/.

Jessop, Bob (1990): State Theory. Putting the Capitalist State in its Place, Cambridge.

Jessop, Bob (2017): The Organic Crisis of the British State: Putting Brexit in its Place, in: Globalizations 1/2017, S. 133–141.

Kramp-Karrenbauer, Annegret (2020): Rede der Bundesministerin der Verteidigung an der Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr, 17.11.2020, Hamburg.

Krause, Ulf von (2020): Der Parlamentsvorbehalt als Kooperationshindernis – Bundeswehr als Parlamentsarmee, in: Welttrends 159, S. 21–26.

Maas, Heiko (2019): Für ein Europa, das stark ist, souverän und sozial, 15.11.2019, unter: www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-deutsche-eu-ratspraesidentschaft-2020/2270374.

Mandel, Ernest (1967): International Capitalism and «Supra-Nationality», in: The Socialist Register, S. 27–41.

Merkel, Angela (2020): Rede von Bundeskanzlerin Merkel zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 vor dem Europäischen Parlament, 8.7.2020, Brüssel.

Oberndorfer, Lukas (2019): Autoritärer Konsens – von der Hegemoniekrise zu einem EU-Sicherheitsregime?, in: Book, Carina u. a. (Hrsg.): Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der «imperialen Lebensweise», Externalisierung und exklusive Solidarität, Münster, S, 44–72.

Plank, Christina (2015): Kapitalistische und territorial-geopolitische Logiken der Macht: Die Rolle der EU im Ukraine-Konflikt, in: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 181, S. 593–608, unter: https://doi.org/10.32387/prokla.v45i181.202

Poulantzas, Nicos (1974): Internationalisation of Capitalist Relations and the Nation-State Economy and Society, in: Economy and Society 2/1974, S. 145–179.

Schadt, Peter (2020): Der Kampf um das Auto – Wirrungen und Widersprüche in der internationalen Konkurrenz der Autoindustrie, in: express 8–9/2020, S. 6–7.

Serfati, Claude (2020): Frankreichs militärischer Machthebel und die «europäische Verteidigung», in: Solty, Ingar/Serfati, Claude/Dellheim, Judith: Sicherheitspolitik contra Sicherheit. Zur Symbiose von Rüstung und Industrie in der Europäischen Union, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte Neue Folge 24, Berlin.

Solty, Ingar (2016): Exportweltmeister in Fluchtursachen. Die neue deutsche Außenpolitik, die Krise und linke Alternativen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 5/2016, Berlin.

Solty, Ingar (2020): Der kommende Krieg. Der USA-China-Konflikt und seine industrie- und klimapolitischen Konsequenzen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen 61, Berlin.

Steinmeier, Frank-Walter (2020): «Nur gemeinsam stark» – Eröffnung der 56. Münchner Sicherheitskonferenz, Auszüge dokumentiert in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 14.2.2020.

Stöber, Silvia (2019): Zwei-Prozent-Ziel – wer hat's erfunden?, Tagesschau, 3.4.2019, unter: www.tagesschau.de/inland/verteidigungsausgaben-103.html

The White House (2002): National Security Strategy, Washington.

Tuğal, Cihan (2017): Das Scheitern des türkischen Modells. Wie der Arabische Frühling den islamischen Liberalismus zu Fall brachte, München.

Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag (2016): Kurzinformation. Die «Ständige Strukturierte Zusammenarbeit» gemäß dem Vertrag über die Europäische Union, Berlin.

Wright, Robin (2020): The Seven Pillars of Biden's Foreign Policy, in: The New Yorker, 11.11.2020, unter: www.newyorker.com/news/our-columnists/the-seven-pillars-of-bidens-foreign-policy.

AUTOR

Dr. Axel Gehring ist Politikwissenschaftler und Referent für Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er arbeitet zur Politischen Ökonomie, zur Hegemonie- und Staatstheorie sowie zur europäischen Integration und ihrer Außenpolitik; weitere Schwerpunkte liegen in der Friedens- und Sicherheitspolitik im mediterranen Raum. 2019 veröffentlichte er eine umfassende Monografie zur Geschichte der Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union.

IMPRESSUM

luxemburg beiträge Nr. 2
wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN: 2749-0939 · Redaktionsschluss: Juli 2021
Titelmotiv: picture alliance/dpa, Henrik Josef Boerger
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

«Die neoliberal-wettbewerbsstaatliche Integrationsweise der EU trägt erheblich dazu bei, dass nationalstaatliche Interessendivergenzen fortbestehen, wenn es um die Formulierung einer einheitlichen EU-Außen- und Sicherheitspolitik geht.»

Axel Gehring

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG